:antifaschistische nachrichten Nr. 7

g 3336 8.4.2010 26. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Protest vor Schloss Horst in Gelsenkirchen

Foto: www.arbeiterfotografie.com

„Pro NRW“ und Die Reise nach Absurdistan

Die Merkez-Moschee in Duisburg der „Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion“ (DITIB) ist eine islamische Gebetsstätte im Stadtteil Duisburg-Marxloh. Im Jahre 2004 wurde beschlossen, die provisorische Moschee in einer früheren Zechenkantine durch einen Moscheeneubau zu ersetzen. In einem eigens dafür gebildeten Beirat saßen VertreterInnen der christlichen Kirchen, der Parteien und aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen Marxlohs. Die Moschee, die am 26.10.2008 eröffnet wurde, ist eine der größten in der Bundesrepublik. An der offiziellen Einweihung nahmen der katholische Bischof von Essen, Felix Genn, der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Nikolaus Schneider, Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und der Präsident des Amtes für religiöse Angelegenheiten der Türkei, Ali Bardakoglu, teil.[1]

In das Gebäude ist eine Begegnungsstätte mit einer Islam-Bibliothek/Islam-Archiv, einem Bistro und mehreren Seminarräumen integriert. Die Moschee mit einer interreligiösen und interkulturellen Begegnungsstätte steht unter dem Motto „Dialog unter der Kuppel“, das ein Miteinander der Kulturen und Religionen ermöglichen soll.[2]

Kurz nach der Eröffnung der Merkez-Moschee hetzte Pro NRW gegen den Neubau, der „als Symbol der schleichenden Islamisierung“ bezeichnet wurde.[3] Verschwiegen wurde von Pro NRW jedoch, das Pro NRW-Mitglied Günther Kissel die Rohbauarbeiten der Moschee durchführte.[4] Der Solinger Bauunternehmer Kissel, der sich für den Holocaust-Leugner Thies Christophersen einsetzte und seit einem Gerichtsbeschluss aus dem Jahre 1997 als „rechtsextremistischer Drahtzieher“ bezeichnet werden darf, wurde im November 2007 Mitglied von Pro NRW.[5]

Am Wochenende vom 26. bis 28. März 2010 fand eine „öffentlichkeitswirksame Kampagne gegen Minarette, Parallelgesellschaften und den radikalen Islam“ von Pro NRW statt, die die Voraussetzungen für einen Einzug in den Landtag Nordrhein-Westfalens schaffen sollten.[6] Für den Freitag waren zunächst „diverse (…) öffentlichkeitswirksame islamkritische Veranstaltungen im Herzen des Ruhrgebietes“ angekündigt worden.[7] Dies wurde einige Tage vor dem Palmsonntagswochenende wieder relativiert. Nun sollten „Mahnwachen“ vor Moscheen „in sechs Ruhrgebietsstädten“ durchgeführt werden.[8] An diesen antiislamitischen „Mahnwachen“ beteiligten sich jedoch nur jeweils 30-50 Anhänger von Pro NRW, die in Kleinbussen von Kundgebung zu Kundgebung transportiert wurden und dort auf den zahlreichen Protest von antifaschistischen GegendemonstantInnen trafen.[9]

Am Samstag kam es zu einer „internationalen Konferenz für ein Minarettverbot“ im Gelsenkirchener Schloss Horst, die im Rahmen eines „Parteitages“ von Pro NRW durchgeführt wurde. Angekündigt wurden „hochkarätige Politiker aus der Schweiz, Schweden, Österreich, Flandern, Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden, Tschechien, Ungarn, Dänemark, Norwegen sowie den Vereinigten Staaten“.[10]

Die Realität sah allerdings anders aus: Lediglich VertreterInnen der FPÖ, des Vlaams Belang, der spanischen Regionalpartei Plataforma per Catalunya, der französischen Splitterparteien MNR-FR und NDP-FR sowie der Schwedendemokraten nahmen an der Veranstaltung teil. Zu den Rednern zählten neben den Spitzenfunktionären von Pro NRW und Pro Köln Filip Dewinter, der Fraktionschef des Vlaams Belang im flämischen Regionalparlament, Annick Martin, Generalsekretärin des MNR, der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Werner Neubauer sowie Kent Ekeroth von den Schwedendemokraten.[11]

Insgesamt nahmen laut Augenzeugen (Polizei, anwesende Journalisten) rund 180 Personen an dem „Parteitag“ von Pro NRW teil.[12] Die Behauptung von Pro NRW, dass „über 300 Delegierte und Gäste“[13] anwesend gewesen seien, wird damit widerlegt.

Pro NRW wertete diesen „Parteitag“ als Erfolg. Dies wurde damit begründet, dass „einstimmig die Einleitung einer Volksinitiative für ein Minarettverbot laut NRW-Verfassung beschlossen wurde“ und sich weiterhin die „Spitzen der Pro-Bewegung und die Vertreter des Vlaams Belang, der FPÖ sowie zahlreicher weiterer rechtsdemokratischer Parteien aus ganz Europa für ein EU-Bürgerbegehren zum gleichen Thema“ aussprachen.[14] Außerdem wurde auch eine Resolution „für eine christlich-abendländische Leitkultur in Europa” beschlossen, die als antimuslimische rassistische Stimmungsmache zu werten ist.[15]

Da sich jedoch vollmundige Ankündigungen von Pro NRW im Nachhinein häufig als hohle Phrase entpuppten, sind diese Beschlüsse mit äußerster Vorsicht zu werten. Außerdem stellt sich die Frage nach der praktischen Durchsetzbarkeit dieser Dekrete. *weiter Seite 2*

Aus dem Inhalt:

Zum Umgang mit der NS-Ordensburg Vogelsang 7

Rund 350 DemonstrantInnen verschiedener Gruppierungen protestierten am Samstag friedlich gegen den „Parteitag“ von Pro NRW auf Schloss Horst.[16] Bevor der „Parteitag“ begann, zogen etwa 250 AntifaschistInnen durch den Gelsenkirchener Stadtteil Horst. Die Kundgebung löste sich ca. 14.30h am Schloss auf, bevor die TeilnehmerInnen des „Parteitages“ geschützt von der Polizei durch einen Nebeneingang das Gebäude betraten.

Am Sonntag erfolgte unter dem Motto „Abendland in Christenhand“ der „Sternmarsch“ zur Moschee in Duisburg-Marxloh. In einer Vorankündigung hieß es, dass der „Sternmarsch inklusive mehrerer Auftaktkundgebungen und einer großen gemeinsamen Abschlusskundgebung“ direkt vor der Merkez-Moschee zwischen 11.00 Uhr bis 19.00 Uhr durchgeführt werden sollte.[17] Laut Pro NRW würden dann „bis zu 2000 Teilnehmer aus ganz Europa“ von verschiedenen Ausgangspunkten „zur gemeinsamen Abschlusskundgebung unmittelbar vor der Moschee“ marschieren.[18]

Diese vollmundigen Ankündigungen wurden am Tag des „Sternmarsches“ schnell durch die Wirklichkeit widerlegt. Schon seit dem frühen Morgen gab es eine Sitzblockade von etwa 80 GegendemonstrantInnen, die die Zufahrt der Kundgebung von Pro NRW abriegelten. Nach vergeblichen Aufforderungen der Polizei, den Weg frei zu machen, wurden die DemonstrantInnen weggetragen. Die Anreise der AnhängerInnen von Pro NRW konnte so hinausgezögert werden. Der Startpunkt des Demonstrationszugs von Pro NRW musste ebenfalls verlegt werden und die Route wurde so um fast die Hälfte gekürzt.

Der angekündigte „Sternmarsch“ wurde somit zu einer Veranstaltung auf einem Parkplatz einer Sportanlage. Von dort aus zogen die AnhängerInnen von Pro NRW begleitet von einem Großaufgebot der Polizei 700 Meter in Richtung der Merkez-Moschee.[19] Die die Zufahrtswege zur Moschee versperrenden antifaschistischen DemonstantInnen sorgten dafür, dass sich die Kundgebung von Pro NRW nicht mehr als ca. 1000 Meter der Moschee nähern konnten. Die Kundgebung selbst dauerte etwa anderthalb Stunden. Neben Pro NRW-MitgliederInnen und SympathisantInnen bildete der belgische Vlaams Belang mit etwa 40 bis 50 Personen den größten Block.[20] Insgesamt neun Redner sprachen auf der Kundgebung, unter ihnen Filip Dewinter vom Vlaams Belang, Robert Spieler (NDP) und Markus Beisicht, in denen ihre antimuslimische und rassistische Weltsicht zum Ausdruck kam.

Die im Vorfeld angekündigten 2000 TeilnehmerInnen blieben ein Wunschtraum. Pro NRW sprach nun von „über 400 Anhängern von pro NRW und befreundeten ausländischen Parteien wie der FPÖ und dem Vlaams Belang“.[21] Auch diese Zahl ist völlig übertrieben und steht im Gegensatz zu verschiedenen Augenzeugenberichten und Pressemeldungen. Dort wird die Anzahl der teilnehmenden Personen auf 180-200 geschätzt.[22]

Die mit der Pro-Bewegung sympathisierende rechte Schüler- und Jugendzeitung „Blaue Narzisse“ geht sogar nur von 150 Personen aus.[23] Ein „Augenzeugenbericht aus Duisburg-Marxloh“, der im islamfeindlichen Weblog „Politically Incorrect“ abgedruckt wurde, sprach ebenfalls von 150 DemonstrantInnen.[24]

An den Protesten gegen die Aufmärsche von Pro NRW und der neonazistischen NPD nahmen laut der „Jungen Welt“ mehr als 10.000 Menschen teil.[25] Der Kölner Stadtanzeiger sprach von ca. 5.000 TeilnehmerInnen. Neben verschiedenen Bürgerinitiativen, dem antifaschistischen Bündnis „Duisburg stellt sich quer!“ Gewerkschaften, Kirchen und Linkspartei, beteiligten sich auch der SPD-Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel, die nordrhein-westfälische SPD-Spitzenkandidatin Hannelore Kraft sowie der Duisburger CDU-Oberbürgermeister Adolf Sauerland an den Protesten.

Die Proteste wurden vom unverhältnismäßigen gewaltsamen Vorgehen der Polizei begleitet. Friedliche Sitzblockaden wurden durch den Einsatz von Pfefferspray- und Schlagstockeinsätzen geräumt. Bei einer „Mahnwache“ von Pro NRW in Bochum wurden zwei antifaschistische Gegendemonstranten bei Übergriffen der Polizei verletzt.[26] Eine Person, die von der Polizei festgenommen wurde, soll im Präsidium von mehreren Polizeibeamten bis zur Bewusstlosigkeit gewürgt worden sein.[27]

Trotz der offensichtlichen Blamage des „Sternmarsches“ feierte Pro NRW diesen als *„Meilenstein in unsere noch jungen Parteigeschichte“* und als „ersten Höhepunkt in unserer Landtagswahlkampagne“.[28] Als „Erfolg“ wertete Pro NRW somit die Durchführung der Veranstaltung für die Dauer von eineinhalb Stunden auf einem Parkplatz weit entfernt von der Moschee. Der Vorsitzende Markus Beisicht erklärte:[29]

„(…) gelang es der islamkritischen Bürgerbewegung, das Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit auch heute in Duisburg-Marxloh durchzusetzen. (…) Der heutige Tag war ein Sieg der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit über die Feinde der Freiheit, seien es Islamisten oder linke und rechte Sozialisten. Die Polizei hat ihren gesetzlichen Auftrag erfüllt und unsere friedliche islamkritische Kundgebung und Demonstration im Herzen von Duisburg-Marxloh ermöglicht. Für ihren schwierigen Einsatz gilt den eingesetzten Polizeibeamten unser ausdrücklicher Dank.“

Markus Wiener, Generalsekretär von pro NRW, deutete die Kundgebung als einen „Sieg für pro NRW und die Meinungsfreiheit.“[30]

Bei der öffentlichen Berichterstattung über die Aktivitäten von Pro NRW schlüpfte die „Bürgerbewegung“ wie bei ähnlichen Veranstaltungen in den vergangenen Jahren wieder in die selbstinszenierte Opferrolle. Die angeblich linken Medien in der Bundesrepublik würden in verschwörungstheoretischer Manier mit allen Mitteln verhindern wollen, dass Pro NRW bei den bevorstehenden Wahlen in den Landtag von Nordrhein-Westfalen einzieht. Diese Inszenierung soll bei (potentiellen) WählerInnen Solidarisierungseffekte auslösen. Pro NRW jammerte auf ihrer Homepage:[31] *„Das ganze vergangene Wochenende fielen leider immer wieder linksgestrickte Medienvertreter völlig aus ihrer grundgesetzlich definierten Beobachterrolle und erwiesen sich als parteiisch, unfair und agitatorisch im ‚Kampf gegen pro NRW’. Im Kampf gegen den neuen rechtsdemokratischen Mitbewerber pro NRW scheint kein Mittel zu schmutzig, kein Trick zu skrupellos und keine Lüge zu platt, um sie nicht einzusetzen. Der Landtagseinzug der islamkritischen Pro-Bewegung soll unter allen Umständen verhindert werden, die möglichen pro-NRW-Wähler sollen durch eine mediale Schmutzkübel-Kampagne verunsichert und von einer Stimmabgabe für pro NRW abgehalten werden.“*

Selbst die „Blaue Narzisse“ scheint die euphorische Selbsteinschätzung von Pro NRW nicht zu teilen. Unter der Überschrift „Viel versprochen, wenig gehalten: der Sternmarsch von pro NRW“ bemerkte das rechte Blatt:[32] *„Denn Pro NRW hat die eigenen Ziele weit verfehlt. Es ist nicht das erste Mal, dass pro NRW den Mund zu voll nimmt, wenn es um Teilnehmerzahlen geht. So nahmen zum Beispiel beim zweiten Antiislamisierungskongress von pro Köln 2009 rund 500 statt der erwarteten 2000 Leute teil. Und auch bei den Mahnwachen am vergangenen Freitag scheint man der Mathematik nicht mächtig gewesen zu sein. (…) Es ist also fragwürdig, wenn pro NRW jetzt bereits von einem Sieg spricht. Die Teilnehmerzahl war sehr gering. Immerhin wurde dieses Mal eine rechtmäßig angekündigte und genehmigte Demonstration nicht kurzfristig abgesagt. Wenigstens das war ein reeller Erfolg für pro NRW.“*

In einer Erklärung zog der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) ein positives Fazit der antifaschistischen Proteste gegen Pro NRW und die NPD:[33] „Der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) wertet die Teilnahme an den Protesten gegen Pro NRW als ermutigendes Zeichen bürgerlichen Engagements gegen den Rechtsextremismus und für die Verteidigung unserer Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung mit ihrem Recht auf freie Religionsausübung.“

Michael Lausberg ■

Foto pb

Viele nutzten nach der Kundgebung die Gelegenheit zu einer Besichtigung der Moschee

Anmerkungen:

1 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.10.08
2 www.ditip-du.de/index.php?option=com_ content&view=frontpage&Itemid=61
3 Lausberg, M.: Die Pro-Bewegung. Geschichte, Inhalte, Strategien der „Bürgerbewegung Pro Köln" und der „Bürgerbewegung Pro NRW", Münster 2010, S. 68
4 Kölner Stadt-Anzeiger vom 27.11.2007
5 Ebd.
6 www.pro-koeln-online.de/artikel2010/ 080110/termine.htm
7 Ebd.
8 www.neues-deutschland.de/artikel/168087. rechter-flop-in-grossem-stil.html
9 www.jungewelt.de/2010/03-29/066.php
10 unrastwildcat.blogspot.de/2010/01/21/ probewegung-plant-anti-islam-kongress-in-gelsenkirchen/
11 www.bnr.de/content/ae-sternmarsch-ae-vom-parkplatz
12 http://nrwrex.wordpress.com/2010/ 03/ 28/du-jeweils-knapp-200-teilnehmer-bei-demonstrationen-von-%e2%80%9epro-nrw%e2%80%9c-und-npd/; www.bnr.de/ content/ae-sternmarsch-ae-vom-parkplatz sowie www.derwesten.de/ staedte/ gelsenkirchen/Hunderte-Gegendemonstranten-bei-Pro-NRW-Parteitag-id2793516-html
13 www.pro-nrw.net/?p=323
14 Ebd.
15 www.pro-nrw.net/?p=332
16 www.derwesten.de/staedte/gelsenkirchen/ Hunderte-Gegendemonstranten-bei-Pro-NRW-Parteitag-id2793516-html
17 www.pro-koeln-online.de/artikel2010/ 080110_ termine.htm
18 Ebd.
19 www.bnr.de/content/ae-sternmarsch-ae-vom-parkplatz
20 www.blauenarzisse.de/v3/index.php/ aktuelles/1484-viel-versprochen-wenig-gehalten-der-sternmarsch-von-pro-nrw
21 www.pro-nrw.net/?p=325
22 http://nrwrex.wordpress.com/2010/03/28/ du-jeweils-knapp-200-teilnehmer-bei-demonstrationen-von-%e2%80%9epro-nrw%e2%80%9c-und-npd/;www.bnr.de/content/ae-sternmarsch-ae-vom-parkplatz sowie www.neues-deutschland.de/artikel /168087. rechter-flop-in-grossem-stil.html
23 www.blauenarzisse.de/v3/index.php/aktuelles/1484-viel-versprochen-wenig-gehalten-der-sternmarsch-von-pro-nrw
24 www.pi-news.net/2010/03/demo-augenzeugenbericht-aus-duisburg-marxloh/
25 www.jungewelt.de/2010/03-29/066.php
26 www.jungewelt.de/2010/03-29/066.php
27 www.neues-deutschland.de/artikel/168087. rechter-flop-in-grossem-stil.html
28 www.pro-nrw.net/?p=325
29 Ebd.
30 Ebd.
31 www.pro-nrw.net/?p=332
32 www.blauenarzisse.de/v3/index.php/aktuelles/1484-viel-versprochen-wenig-gehalten-der-sternmarsch-von-pro-nrw

Literatur

- Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.10.2008
- Kölner Stadt-Anzeiger vom 27.11.2007
- Lausberg, M.: Die Pro-Bewegung. Geschichte, Inhalte, Strategien der „Bürgerbewegung Pro Köln" und der „Bürgerbewegung Pro NRW", Münster 2010
-http://nrwrex.wordpress.com/2010/03/28/du-jeweils-knapp-200-teilnehmer-bei-demonstrationen-von-%e2%80%9epro-nrw%e2%80%9c-und-npd/
- http_//zentralrat.de/15616.php
-unrastwildcat.blogspot.de/2010/01/ 21/probewegung-plant-anti-islam-kongress-in-gelsenkirchen/
-www.blauenarzisse.de/v3/index.php/aktu-elles/1484-viel-versprochen-wenig-gehalten-der-sternmarsch-von-pro-nrw
- www.bnr.de/content/ae-sternmarsch-ae-vom-parkplatz
-www.derwesten.de/staedte/gelsenkirchen /Hunderte-Gegendemonstranten-bei-Pro-NRW-Parteitag-id2793516-html
- www.ditip-du.de/index.php?option=com_c ontent&view=frontpage&Itemid=61
- www.jungewelt.de/2010/03-29/066.php
- www.neues-deutschland.de/artikel/168087. rechter-flop-in-grossem-stil.html
- www.pi-news.net/2010/03/demo-augenzeugenbericht-aus-duisburg-marxloh/
- www.pro-koeln-online.de/artikel2010/080110/ termine.htm
- www.pro-nrw.net/?p=323
- www.pro-nrw.net/?p=325
- www.pro-nrw.net/?p=332

Erfolgreiche Konferenz in Prag

Am 27. und 28. März fand in Prag eine Konferenz zum Thema „Alternativen zum Rechtsextremismus in Zeiten sozialer und ökologischer Krisen" statt. Organisiert wurde sie gemeinsam vom gesamteuropäischen Mobilisierungs-Komitee für das Europäische Sozialforum ESF in Istanbul (1.-4. Juli) und dem Tschechischen Sozial Forum. Rund 100 FreundInnen und GenossInnen aus 19 (!) ost-, zentral- und westeuropäischen Ländern nahmen an der Konferenz teil. Die Konferenz war äußerst produktiv und wurde von allen TeilnehmerInnen als ein wichtiger Mobilisierungsschritt für Istanbul angesehen. Die Texte der Konferenz werden in Kürze vorliegen. *Hermann Dworczak (Austrian Social Forum / ASF)* ■

„Hotel Silber" – ein Geschichtszeugnis muss erhalten werden!

STUTTGART. Ist das ehemalige „Hotel Silber" noch zu retten? Das Gebäude war in der Nazi-Zeit Gestapo-Leitstelle für Württemberg, nach dem Krieg Polizeisitz und ist heute Innenministerium. Das Land und die Fa. Breuninger wollen es abreißen für Luxusgeschäfte, ein Luxushotel sowie Büros für tausend Beamte. Ist diese Bauplanung für das Areal zwischen Breuninger und Karlsplatz noch zu ändern? Unterstützt von mehr als 3.000 Unterschriften und zahlreichen Prominenten fordert die Initiative Gedenkort Hotel Silber, dass das Gebäude nicht abgerissen, sondern erhalten und ausgebaut wird zu einem NS-Dokumentationszentrum für Württemberg. Jetzt sagen Land, Fa. Breuninger und der OB, dass die Planung für das Quartier am Karlsplatz überarbeitet werden müsse. Die SPD im Stadtrat tritt nun für die Einrichtung eines NS-Dokumentationszentrums ein. Die CDU fordert eine öffentliche Veranstaltung zur Erarbeitung eines Konzepts. Die SPD-Landtagsfraktion hat einen Antrag für ein NS-Dokumentationszentrum gestellt. Aber über das Gebäude wollen sie alle nicht reden. Die Grünen haben schon lange von einem „Plan B" gesprochen, bei dem man das Haus nicht erhalten müsse.

Für SÖS und LINKE reicht es nicht, den Keller zu erhalten. Wir wollen nicht nur „im Sinne der Erinnerungskultur einen Ort, wo der Gräuel im ehemaligen Gestapo-Keller gedacht wird" (wie der OB im Amtsblatt zitiert wird). Wir wollen einen lebendigen Ort für Veranstaltungen und Ausstellungen, wo Schulklassen sich ihr Wissen selbst erarbeiten können. Hier soll nicht nur getrauert werden, sondern auch lebendig gelernt und geforscht. Es geht darum, die Widerstandskraft der heutigen Gesellschaft und der Demokratie zu stärken gegen autoritäre, rassistische, menschenverachtende Politik und Ideologien. Darum wollen wir das Gebäude „Hotel Silber" erhalten. Darum wollen wir hier ein NS-Dokumentationszentrum und nicht nur eine Gedenkstätte. Darum unterstützen wir weiterhin die Initiative Gedenkort Hotel Silber. *Ulrike Küstler* ■

Nach Nazi-Konzert kommt Kündigung

Am Samstag dem 20. März hatte in Hamburg zum zweiten Mal ein Konzert der Band „Kategorie C – Hungrige Wölfe“ (KC) mit 450 Gästen stattgefunden.

Anhänger wie auch Bandmitglieder kommen aus dem Nazi- und Hooligan-Milieu. Der Pächter der Gaststätte, in dem die braune Combo auftrat, soll nun die Kündigung bekommen. Schon letztes Jahr hatte Jörg G. in seiner Gaststätte „Schützenhof“ im Hamburger Stadtteil Moorburg ein Konzert mit der Band trotz Protesten und Gegenkundgebung veranstaltet. Die städtische Siedlungsaktiengesellschaft SAGA, der das Gebäude gehört, will nun die Kündigung aussprechen.

Nur finanzielle Interessen ?

Laut Presse hatte es nach dem KC-Konzert im letzen Jahr Gespräche zwischen Jörg G. und der SAGA, sowie eine Abmahnung gegeben, der Wirt zeigte sich jedoch beratungsresistent. Ob es dem Pächter nur um ein finanzielles Interesse ging, bleibt offen. Immerhin hatte er äußerst kurzfristig seine Gaststätte als Ersatz angeboten, nachdem KC Ende letzter Woche kurzfristig in Buxtehude eine Kündigung der Räume erhielt.

Den Kontakt zwischen Band und Buxtehuder Festhalle hatte der verurteilte Totschläger Stefan Silar angebahnt. Silar betreibt heute Norddeutschlands größten Nazi-Klamottenladen und ist laut Inlandsgeheimdienst einer der führenden Köpfe der niedersächsischen Neonaziszene. Dem Pächter des Moorburger „Schützenhofes“ dürften diese Hintergründe bei Abschluss des Mietvertrages bekannt gewesen sein.

Innenbehörde – Augen zu und durch

Wäre es nach der Hamburger Innenbehörde gegangen, dann wären wohl auch in Zukunft noch weitere Nazi-Konzerte in Moorburg möglich gewesen. Die Behörde tat das, was sie bei Nazi-Konzerten in Hamburg immer tut. Alles geheim halten, ein großes Polizeiaufgebot schicken um den Nazis eine problemlose Durchführung ihres Konzertes zu ermöglichen, mögliche Gegendemonstranten vertreiben – diesmal gab es elf Platzverweise - und darauf hoffen, dass es hinterher keinen Skandal gibt. In diesen Kontext passt auch, dass der Hamburger Inlandsgeheimdienst der Band Kategorie C schon 2009 einen Persilschein ausgestellt hatte. Im aktuellen Bremer Verfassungsschutzbericht kann man hingegen lesen, die Band „ist besonders wegen ihrer gewaltverherrlichenden Lieder in der Skinhead-Szene beliebt und trat in der Vergangenheit zusammen mit rechtsextremistischen Skinhead-Bands bei Konzerten auf.“

Fast wäre die Rechnung des behördlichen Totschweigens aufgegangen, denn auch die Medien zeigten anfänglich wenig Interesse, über den Vorgang zu berichten, oder verkannten die Dimension des Skandals – die wiederholte Durchführung eines Nazikonzertes in städtischen Räumen. Nur durch das beharrliche Engagement weniger AntifaschistInnen und der Fraktion der LINKEN kam die Dimension des Vorganges doch noch ans Licht.

Fazit?

Der rechten Szene geht ein Veranstaltungsort für ihre menschenverachtende Musik verloren und ein beratungsresistenter Kneipier darf sich ein neues Auskommen suchen. Dies ist sicherlich ein Erfolg. Ein noch größerer Erfolg ist die Tatsache, dass der Druck auf Kategorie C wächst und die Band es zukünftig noch schwerer haben wird, Veranstaltungsorte zu finden. Ob also tatsächlich im Sommer ein Open-Air-Konzert von KC im Hamburger Raum wie angekündigt stattfinden wird, bleibt abzuwarten. Es hat sich allerdings auch gezeigt, dass es nicht ausreicht, kurzfristig zum Protest gegen Nazi-Konzerte zu mobilisieren und zu hoffen, die autonome Antifa wird es schon alleine schaffen. Im letzten Jahr protestierten immerhin 200 Menschen gegen das Konzert von KC und die Innenbehörde setzte es trotzdem durch. Die Antifa sollte auch in der Lage sein durch Öffentlichkeitsarbeit Auftritte von Faschisten und ihren Bands, wie auch die Duldungspolitik der Innenbehörde, zu skandalisieren. Denn auch hier gilt die antifaschistische Erkenntnis:

Alles muss man selber machen!

Felix Krebs ■

Lebenslänglich für Boere

Aachen. Am 23. März wurde Heinrich Boere vom Aachener Landgericht wegen dreier Morde zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Haftzeit in den Niederlanden und die kurze deutsche Haft werden auf das Urteil angerechnet.

Für die Nebenklage bedeutete das Urteil einen späten Akt der Gerechtigkeit. Teun de Groot und Dolf Bicknese, beide Angehörige der Opfer Boeres, waren anwesend und verfolgten die Begründung des Urteils.

Boere habe Menschen ermordet, erläuterte der Vorsitzende Richter Nohl in seiner Urteilsbegründung, „die unschuldig waren“. Somit seien die Morde niederträchtig und feige gewesen. „Das sind Morde gewesen“, so Nohl, „die außerhalb des Anstandes eines Soldaten standen“. Die Bezeichnung des Verfahrens als „Kriegsverbrecher-Prozess“ verharmlose die Taten Boeres, so der vorsitzende Richter. Mit diesen Argumentationsfiguren negierte Nohl die Systematik der Verbrechen der SS und implizierte zudem, dass die Morde nicht niederträchtig und feige gewesen seien, hätte es sich nicht um „Unschuldige“ gehandelt. Im Umkehrschluss heißt das eben auch, dass die direkte Widerstandsbekämpfung zumindest ein bisschen legitimer gewesen wäre als „Vergeltungsaktionen“ gegen „ZivilistInnen“. Auch was mit dem „Anstand eines Soldaten“ im Kontext der Wehrmacht und des deutschen Vernichtungskrieges gemeint ist, blieb nebulös. Doch nicht etwa der gute deutsche Landser?

Interessant war auch die Information, das Boere nach seiner Flucht 1955 in Deutschland sogar einen Entschädigungsantrag wegen der erlittenen Kriegsgefangenschaft gestellt hatte. Möglicherweise hat er für seine viel zu kurze Haft sogar noch Geld bekommen. Nohl bedauerte, dass Boere selbst nicht bereit war, über die Einlassungen hinausgehende Fragen zu beantworten. Die Beteiligung an der Ausspionierung der Widerstandstätigkeiten der BürgerInnen von Helden/Panningen, könne hier nicht eindeutig festgestellt werden, fest stehe aber, dass Boere freiwillig dem Sonderkommando Feldmeijer beitrat. Auch sei unbestritten, dass Boere sich nie in Deutschland versteckt habe, er hätte jederzeit juristisch belangt werden können. Warum dies nicht geschah, dazu verlor Nohl nicht viele Worte. „Es geschahen Fehler bei der deutschen Justiz und bei der niederländischen Justiz“. Schließlich erläuterte Nohl unter dem Verweis, niemand glaube, dass Boere noch in Haft gehe, mögliche Revisionsgründe, etwa den Antrag der Verteidigung, den Prozess wegen der Gültigkeit des Lissabon-Vertrages zu kippen. Nach Ansicht der Verteidigung schließt der neue EU-Vertrag angeblich eine Doppelbestrafung auch dann aus, wenn das Urteil noch nicht vollstreckt wurde. Möglicherweise war die schnelle Ablehnung dieses Antrags die rechtliche Vorlage für eine erfolgreiche Revision vor dem BGH. Da hoffen wir doch, dass der Wunsch Teun de Groots in Erfüllung geht: Was er sich für Boere wünsche, wurde er gefragt: „Nach diesem Urteil? Ein langes Leben.“ *http://akantifaac.blogsport.de/kein-vergessen/prozessbeobachtung/* ■

Frankreich nach den Regionalparlamentswahlen:

Regierende Rechte mobilisierte für die extreme Rechte mit

Was ist der Unterschied zwischen Nicolas Sarkozy und José Maria Aznar? Es gibt mindestens einen, und er hat mit der baskischen ETA zu tun. Im März 2004, drei Tage vor den spanischen Parlamentswahlen, explodierten Bomben in Madrid und töteten 191 Menschen. Aznar hätte gar zu gerne gesehen, dass es die ETA gewesen wäre. Pech für ihn: Die Täter waren islamistische Ultras. Aznar verlor die Wahl (u.a. weil die Stimmbürger/innen auf diese Weise seine Lüge über die Schuld der ETA honorierten, indem sie für die damalige Opposition stimmten). Im März 2010, in der Woche zwischen den beiden Durchgängen der französischen Regionalparlamentswahlen vom 14. und 21. März, töteten Schüsse einen Polizeibeamten – einen Karibikfranzosen – in einem Pariser Vorort, Dammarie-les-Lys. Sarkozy hätte gar zu gerne gesehen, dass es Islamisten gewesen wären. Oder wahlweise auch gerne Kriminelle aus den Sozialghettos französischer Trabantenstädte? Pech für ihn: Die Täter waren von der ETA. Und den Franzosen ist die ETA relativ egal. Sarkozys Regierungspartei UMP verlor die Wahlen haushoch.

Dieses schlechte Timing des Schusswaffeneinsatzes durch ein ETA-Kommando – eine Gruppe von ETA-Terroristen war am 16. März beim Autodiebstahl (für Attentate in Spanien) gestört worden und eröffnete daraufhin gleich das Feuer – war natürlich nicht der einzige Grund dafür, dass Sarkozys Parteifreunde jetzt nur noch das Elsass und zwei Überseeregionen regieren. Aber einer der Hauptgründe dafür ist, dass sich das Erfolgsrezept, soziale Verunsicherung und Zukunftsangst durch eine „Sicherheits“rhetorik – die Zukunftsperspektiven durch das Versprechen auf ‚Law and Order‘ ersetzt – ruhig zu stellen, abgenutzt hat. Nicolas Sarkozy hat mit ihr die Präsidentschaftswahl 2007 gewonnen und dem rechtsextremen Front National damals einen Gutteil seiner Wähler abgenommen: eine Million (von zuvor vier Millionen FN-Stimmen) flossen von dieser Seite her Sarkozy zu, während ein Gutteil der rechtsextremen Wähler sich der Stimme enthielt, um „abzuwarten“ und „Sarkozy eine Chance zu lassen“. 2010 funktioniert das nicht mehr.

Hauptgewinner der Regionalparlamentswahlen sind die etablierten Linksparteien (Sozialdemokratie, Grüne, KP) mit über 55 Prozent der Stimmen in den Stichwahlen; und Nebengewinner ist der rechtsextreme Front National. (Vgl. dazu die vorherige Ausgabe der AN.)

Regierungs-Rechte zieht alle Register

Nach dem Tod des Polizisten erschienen Sarkozys martialische Sicherheitssprüche (in einer Ansprache am Sarg des Polizeibeamten zog der Präsident eine gerade Verbindungslinie von der Beamtenbeleidigung und dem „Mangel an Respekt“ gegenüber Uniformträgern, über die Verletzung eines Beamten bis hin zum Mord und Totschlag) als „plumpe politische Vereinnahmung eines tragischen Zwischenfalls“. Letztere wurde durch die liberale Presse auseinandergenommen.

Auch sonst waren durch die regierende Rechte sämtliche Register gezogen wurden, um rechte und rechtsextreme Wähler wieder zu ihren Gunsten zu mobilisieren. Vier Monate lang, von Ende Oktober 2009 bis zu einem Regierungsseminar am 8. Februar d.J. – infolge dessen eine „Pause“ zum Thema verordnet wurde –, ließen Sarkozy und sein Einwanderungs- respektive Ideologieminister Eric Besson Frankreich landauf landab über seine „nationale Identität“ debattieren. Die so genannte Debatte wurde schnell zum, pardon, Kotzkübel und öffnete das Ventil für rassistische Auslassungen aller Art, Äußerungen nationalen oder „kulturellen“ Überlegenheitsdünkels. In den beiden letzten Februarwochen, also einen knappen Monat vor der Wahl, attackierte die Regierungspartei UMP systematisch einen sozialdemokratischen Kandidaten, Ali Soumaré, den örtlichen Spitzenkandidaten im Bezirk Val-d’Oise (15 bis 20 Kilometer nördlich von Paris, erweitertes hauptstädtisches Umland). Unter offenkundiger Anspielung auf seine Hautfarbe oder Herkunft – die Eltern des 29-Jährigen stammen aus dem westafrikanischen Mali – wurde er zunächst als „Reservebankspieler des (Pariser Fußballvereins) PSG“ verhöhnt, und dann als „hartgesottener krimineller Wiederholungstäter“ bezeichnet. Angebliche Straftaten, die Ali Soumaré begangen haben sollte, wurden durch die UMP unter offenkundigem Bruch geltender Rechtsvorschriften in der Öffentlichkeit ausgebreitet. Pech für die UMP: Das Strafregister, das durch die Wochenzeitung ‚Le Canard enchaîné‘ abgedruckt wurde, weist keinen Eintrag auf. Nur eine Erststrafe, für eine im Jahr 1999 (als soeben Volljähriger) durch Ali Soumaré begangene Jugend-Dummheit, ist real, wurde aber unter Anwendung geltender Vorschriften nach fünf Jahren aus dem Vorstrafenregister getilgt. Hingegen lag für die übrigen behaupteten Straftaten schlicht eine Namensverwechslung vor. Nunmehr stand die UMP dumm da und hatte das Nachsehen. Einer der hauptsächlichen Angreifer, die Ali Soumaré attackiert hatten, ist Francis Delattre, Bürgermeister des im Val-d’Oise gelegenen Pariser Vororts Franconville. Delattre verkörpert die harte, rassistische und sicherheitsdemagogische konservative Rechte: Archivaufnahmen aus dem nationalen Filmarchiv INA aus dem Jahr 1992 (aus den damaligen Abendnachrichten des zweiten Fernsehkanals) zeigen Delattre an der Spitze einer Demonstration, die sich gegen den Einzug einer – auf einer Bedürftigenliste für Wohnraum oben stehenden – türkischen Familie in eine Sozialwohnung in „seiner“ Stadt richtete. Die Familie hatte die Wohnung vom Präfekten des Départements zugewiesen bekommen. Delattre und seine Anhänger demonstrierten dagegen: Man müsse „auf das Gleichgewicht in unseren Vierteln achten“, was nichts anderes bedeutete als: Es sind schon zu viele Ausländer hier. Franconville ist freilich durchaus keine von Ghettoisierungstendenzen geplagte Stadt, sondern eher bürgerlich.

Und es ging weiter: Drei Tage vor dem ersten Wahlgang bezeichnete der Fraktionsvorsitzende der UMP im französischen Senat, Gérard Longuet (der in den sechziger Jahren zusammen mit Ex-Wirtschaftsminister Alain Madelin der rechtsextremen Schlägertruppe Occident angehört hatte), den sozialdemokratischen Politiker Malek Boutih als ungeeignet für den Vorsitz der Anti-Diskriminierungs-Behörde HALDE, für welchen er kandidierte. Begründung: Der französische Politiker – und Sohn algerischer Eltern – entstamme „nicht dem traditionellen französischen Körper“ (‚corps traditionnel français‘).

Unterdessen, während die UMP noch Sprüche klopfte, hatte sie im Februar 2010

im Schnelldurchlauf gleich zwei umfangreiche Gesetzestexte zur so genannten Inneren Sicherheit durch das Parlament durchgeprügelt: In erster Lesung verabschiedet wurde das „Orientierungs- und Programmgesetz zur Inneren Sicherheit“ (LOPPSI), ein Kraut- und Rüben-Text, der keine innere Stimmigkeit aufweist, aber u.a. die Anzahl der im Einsatz befindlichen Überwachungskameras von derzeit 20.000 auf über 60.000 verdreifachen möchte. Definitiv verabschiedet wurde im selben Monat das „Gesetz zur Bandenbekämpfung“, das u.a. die – in der Praxis oft schwer greifbare – „Mitgliedschaft in einer Jugendbande“ (die sich in der Regel durch lockere, informelle Strukturen auszeichnen dürfte) auch ohne dem Angeklagten persönlich zur Last zu legende Gesetzesverletzung zur Straftat erhebt. Es wurde am Monatsende durch das französische Verfassungsgericht für verfassungskonform erklärt, bis auf die Bestimmung, wonach Aufnahmen von Überwachungskameras aus dem Inneren von Privathäusern polizeilich verwertet werden dürften. Letztere wurde gekippt.

Abwanderung von Wählern zurück zum FN

Der regierenden Rechten hat das Alles jedoch bei den Regionalparlamentswahlen nichts genutzt. Eine der Ursachen dafür, dass etwa die Masche mit der „Sicherheit“ nicht mehr wie früher zieht, liegt in den Widersprüchen zwischen autoritärem Populismus und neoliberaler Politik, die auf radikale Reduzierung der Staatsausgaben zielt. Als Sarkozy im Jahr 2002 Innenminister wurde, stellte der Staat 13.000 zusätzliche Polizisten und Gendarmen ein. Über 75 Prozent der Stellen (lt. ‚Le Monde‘ vom 26. März) wurden inzwischen wieder abgebaut: Sparzwang verpflichtet. Und die Verrohung in Teilsegmenten der Gesellschaft hat deswegen auch nicht unbedingt abgenommen.

Was die unter den Sicherheitsdiskurs gemixte Einwandererhetze betrifft, so ziehen die Wähler inzwischen das „Original“ FN wieder vor. Die rechtsextreme Partei, die auf ihrem Tiefpunkt bis auf 4,3 Prozent der Stimmen (bei den Parlamentswahlen im Juni 2007) abgesackt war, erfährt erstmals seit dem Amtsantritt von Präsident Sarkozy mit 17,81 Prozent in den Stichwahlen wieder einen Höhenflug.

Das frustrierte autoritäre Element radikalisiert sich also, erneut, in Richtung rechtsaußen. Und auch auf sozialer Ebene hielt Sarkozy nicht, was seine eigene Wählerschaft – die im Jahr 2007 zum Teil auch eine, entweder vom FN kommende und/oder von den Linksparteien frustrierte, Arbeiterwählerschaft gewesen war – sich von ihm versprochen hatte. Keine Lohnerhöhungen stellte der konservative Kandidat 2007 in Aussicht, wohl aber mehr Geld am Monatsende durch viele Überstundenzuschläge: „Mehr arbeiten, um mehr zu verdienen“ (Travailler plus pour gagner plus). Das ist ohnehin widersprüchlich, da Überstunden für höhere Arbeitslosigkeit durch Nichteinstellung sorgen. Aber vor allem: Überstunden werden nur auf Abruf der Unternehmen hin verrichtet, nicht auf Verlangen der abhängig Beschäftigten. In Krisenzeiten ist es vorläufig aus damit. Am 3./4. April publizierte die konservative Tageszeitung ‚Le Figaro‘ Zahlen, wonach die Lohnabhängigen in Frankreich im Krisenjahr 2009 durchschnittlich 37 Überstunden – auf das Jahr bezogen – geleistet hätten. Das entspricht nicht den finanziell motivierten Erwartungen, die in die Gesetzgebung vom Hochsommer 2007 (die ‚Loi TEPA‘ alias „Gesetz zu Arbeit, Beschäftigung und Kaufkraft“) zur Erleichterung von Überstunden gesetzt worden waren. Dieses Gesetz hatte just zum Ziel, die bis dahin geltende gesetzliche Obergrenze von 130 Überstunden jährlich auszuhebeln. Aber wenn die Auftragsbücher der Unternehmen leer sind wie in den Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise, dann ordnen sie keine Überstunden an, nur um die Kaufkraft ihrer Lohnabhängigen anzukurbeln.

Die soziale Enttäuschung begünstigt die Stimmabgabe für die sozialdemokratische Opposition, und die geplatzte autoritäre Illusion führt zum Wiederaufstieg des Front National.

Unterdessen fährt die regierende Rechte jedoch, in einem Prozess der „Flucht nach vorn“, mit ihrer Ideologiekampagne zur Remobilisierung rechter Gesinnungswähler fort.

Premierminister François Fillon hatte drei Tage vor der Wahl das – während des Vorwahlkampfs vorübergehend in Vergessenheit geratene – Vorhaben eines gesetzlichen Burqa-Verbots (wir berichteten in AN) aus den Schubladen gezogen. Inzwischen hat der Conseil d’Etat, der oberste Verwaltungsgerichtshof, in einer Stellungnahme erklärt, ein generelles Verbot würde als rechtswidrig beanstandet werden; nur aus konkreten Gründen, etwa aufgrund der Notwendigkeit einer Identifizierung an einem Serviceschalter, könne eine solche Kleidungs(verbots)vorschrift erlassen werden.

Und prompt hat die Regierungspartei UMP angekündigt, dass sie sich darüber hinwegsetzen möchte, um zu versuchen, ein Totalverbot auf Biegen und Brechen durchzusetzen. Laut Zahlen des französischen Innenministeriums, die im Sommer 2009 vorgelegt wurden, konnten in ganz Frankreich circa 367 Burqa-Trägerinnen identifiziert werden. Auch das nächste Gesetzespaket zur Verschärfung der Einwanderungspolitik aus dem Hause Eric Bessons liegt inzwischen auf dem Tisch.

Bernhard Schmid, Paris ■

Naziaufmarsch in Lübeck verhindert!

Lübeck, 27. März 2010: Nach einigen hundert Metern war für die knapp 150 Neofaschisten auch schon wieder Schluss. Die Polizei erklärte die Versammlung für beendet, nachdem sie zuvor mit über einer Stunde Verspätung startete. Rund 500 Gegendemonstrant_Innen blockierten die offizielle Marschroute der Postfaschisten. Ein breites Aufgebot an verschiedenen Parteien, Persönlichkeiten des zivilgesellschaftlichen Lebens und der autonomen Antifa machte diesen Erfolg überhaupt erst möglich. Die Polizei sah sich offenbar außer Stande, die Blockaden zu räumen, ohne das mit „erheblichen Ausschreitungen zu rechnen gewesen wäre“, sodass ihr nichts weiter übrig blieb, als den zivilen Ungehorsam der couragierten Bürger zuzulassen.

Mit weniger als 200 Teilnehmern war der Neonazi-Aufmarsch auch ohne die Blockade ein echtes Fiasko. Ein kleines, schon auf einigen Metern Entfernung kaum noch zu sehendes Transparent führte neben vier als Skelett verkleidete Neonazis den Aufmarsch an. Ein regelrechtes Mini-Spektakel bot Thomas Wulff da auf, der mal ausnahmsweise nicht mit seiner Alt-Herren-Mütze auftrat, über die sich in der Vergangenheit selbst Polizeibeamte lustig gemacht hatten.

Unterm Strich bleibt: ein klarer Erfolg für die Gegendemonstrant_Innen. Die Neofaschisten konnten mit ihrer geringen Teilnehmerzahl und trotz gewohnt hoher Gewaltbereitschaft der „Autonomen Nationalisten“ ihre Route nicht ablaufen, ihr geschichtsrevisionistisches Gedankengut nicht durch Lübeck tragen. Damit konnte der Naziaufmarsch nach Jahren erstmals wieder verhindert werden. Ein weiterer Blockadeerfolg nach dem Aufmarsch der Neofaschisten in Dresden. Mut zum Weitermachen macht dieser Erfolg allemal.

http://ipar.blogsport.de ■

Zum Umgang mit der NS-Ordensburg Vogelsang

Vortrag von Kurt Heiler, VVN-BdA Aachen auf der Jahrestagung der Antifaschistischen Nachrichten am 13. März in Köln

Wer immer die frühere Ordensburg in der Eifel besucht, wird als Eindruck zuerst die schöne Landschaft nennen, die mensch um die Burg sehen und erleben kann. Auf 110 qkm, das sind 15000 Fußballfelder, ist rund um die Burg der 1. Nationalpark in NRW entstanden. Die Burg selbst ist nicht Teil des Naturschutzgebietes. Vogelsang liegt mittlerweile auf der Strecke des Eifelstiegs, einem der beliebten Fernwanderwege. Für potenzielle BesucherInnen ist also gesorgt.

Im Folgenden beschäftige ich mich ausschließlich mit der ehemaligen Nazi-Ausbildungsstätte. Zum Naturschutzgedanken sollen Kompetentere sich zu Wort melden. Es geht mir dabei nicht um Denunziation der „Macher“ bzw. „Umgestalter“ als Ewig-Gestrige oder Wegbereiter faschistischen Gedankentums. Im Gegenteil sind alle uns bekannten Beteiligten durchdrungen von der Idee, eine Wiederholung der Nazi-Verbrechen zu verhindern und der Nazi-Ideologie entgegenzutreten. Vielmehr geht es darum, die vorhandenen Zielkonflikte der Beteiligten sichtbar zu machen und zu ergänzen, um die Perspektive einer Organisation der Opfer des Faschismus, der VVN-Bund der Antifaschisten.

Eifellandschaft bei Vogelsang

Die Burg Vogelsang ist ein Täterort. Es werden dort in den nächsten Jahren ca. 40 Millionen Euro verbaut, um diesen Ort „attraktiv“ zu gestalten. Da die VVN-BdA sich für den Erhalt bzw. den Bau der vielen Gedenkorte für die Opfer einsetzt und wegen der fehlenden Mittel oft erfolglos bleibt, ist von unserer Sichtweise nicht zu erwarten, dass wir die Aufhübschung eines Täterortes mit besonderer Sympathie betrachten.

Die Ordensburgen – Schulungszentren fürs mittlere Management von Vernichtung und Krieg

Vogelsang wurde in der Zeit von 1934 bis 1937 gebaut. Der Krieg 1939 beendete gigantische Pläne, insgesamt 10 Jahre zu bauen und statt der tatsächlich aufgebrachten 34 Mio. Reichsmark bis zu 250 Mio Reichsmark zu investieren. Ein gigantisches, krönendes „Haus des Wissens“, ein riesiges KdF Bad und ein dazugehöriges Hotel wurden nicht mehr gebaut. Das Geld stammte aus den am 2. Mai 1933 gestohlenen Mitgliedsbeiträgen der Gewerkschaften. Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) mit ihrer Zwangsmitgliedschaft war unter ihrem „Führer“ Robert Ley Bauherr und Betreiber der insgesamt 3 Ordensburgen (Vogelsang, Crössingsee und Sonthofen).

„Als wir anfingen, die Gewerkschaften zu übernehmen und zu ordnen, versuchten all jene, die uns nicht hold waren, aus dem Segen, der da herunterprasselte, recht viel herauszuholen... es war also ein ungeheurer Segen, den wir da erben sollten.“ (Rede Robert Ley 1936 in: „Wir alle helfen dem Führer“ 1937, im Folgenden „Ley a.a.o.“). Ley spricht auch von einer *„gewaltigen geldlichen Belastung“* für die Deutsche Arbeitsfront (DAF) durch den Bau der Ordensburgen.

Am Bau von Vogelsang beteiligt waren 1500 Arbeiter sowie zahlreiche Handwerksbetriebe und Zulieferer aus der Region. Das Selbstbild vieler Eifeler als von den Nazis und später den Alliierten vergewaltigte Region von eigentlich katholischer Prägung ist beschönigend. Dem „Führer“ Hitler wurden wie überall triumphale Fahrten durch die Eifel beschert, die Dörfer putzten sich im Wettbewerb „unser Dorf soll schöner werden“ zeitgemäß heraus.

Ideologische Eiferer

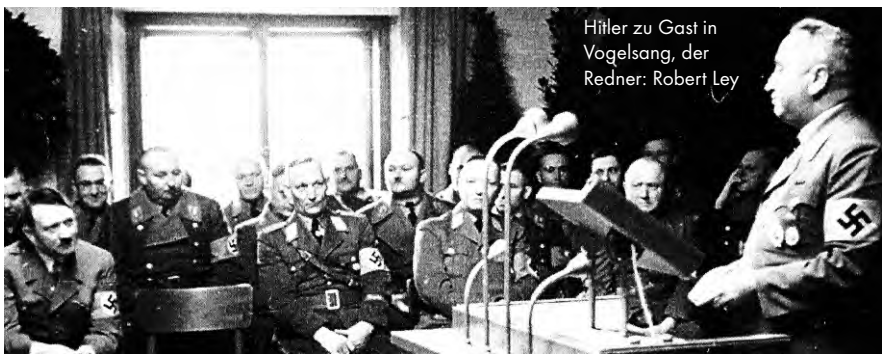
Die Zielsetzung der Ordensburgen war, für den Führungsnachwuchs der NSDAP zu sorgen. Damit geriet die DAF in Konkurrenz zu anderen Nazifraktionen bzw. deren Bildungseinrichtungen. So wurde der Einfluss von Robert Ley beschnitten von Alfred Rosenberg, der für die Ausbildung von Lehrkräften der Ordensburgen zuständig wurde. Der fanatische Antisemit Ley (*„Juda muß und wird fallen. Juda muß vernichtet werden. Das ist unser heiliger Glaube“* Rede im Berliner Sportpalast 1942) hat als Reichsorganisationsleiter und Leiter der Deutschen Arbeitsfront die Ordensburgen nach seinem Weltbild formen können.

Als Organisator der Nürnberger Parteitage wusste er auch einiges über die Inszenierung von Macht. Für die Ordensburgen stellte er als Ziel; *„Diese Burgen mußten in ihrer Wirkung und Größe den Gedanken entsprechen, die in ihnen verkündet wurden.“* (Ley, a.a.o. S. 121). Diese Gedanken entsprechen den 6 Hauptfächern, die auf Vogelsang unterrichtet wurden: *„1. Rassenlehre, 2. Geschichte, 3. Weltanschauung und Philosophie, 4. Kunst und Kultur, 5. Wirtschafts-und Soziallehre, 6. Wehrwissenschaft.“* (Ley a.a.o. S. 146)

Sport und Herrschaft

Den Alltag der Ausbildung prägte dabei der Sport. Er nahm einen großen Raum ein und war keineswegs ein ideologiefreier Raum. Das ging weit über den „gesunden Geist in einem gesunden Körper“ hinaus. Sport und Mutproben sollten herausfinden, *„ob ihn irgendwelche Hemmungen oder Hindernisse beeinträchtigen... Wir wollen wissen, ob diese Männer den Willen zum Führer in sich tragen, zum Herrsein, mit einem Wort zum Herrschen. Die NSDAP und ihre Führer müssen herrschen wollen“* (Ley,a.a.o. S. 131). Bis heute ist die Burg voller Skulpturen, die den Sport auf seine Männlichkeit und Gewalttätigkeit verengen.

Die Bewerber für die Ordensburgen


Hitler zu Gast in Vogelsang, der Redner: Robert Ley

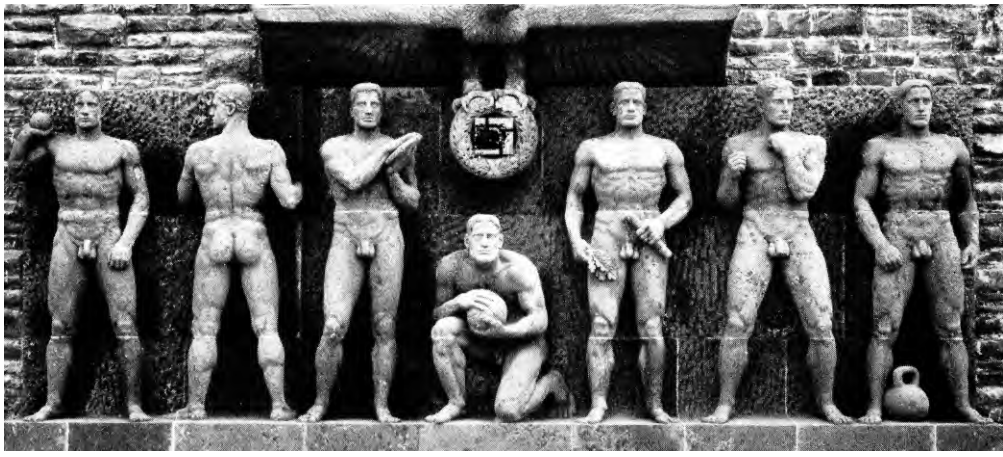
sollten mindestens 25 Jahre alt sein, verheiratet, den Militärdienst abgeschlossen und möglichst eine Berufsausbildung haben. Außerdem musste eine Bewährung in der Parteiarbeit vorgewiesen werden. Die Vorschläge für Anwärter kamen von der NSDAP Kreisebene und wurden von Ley persönlich bestätigt. Wer Gesundheit und arische Abstammung nachwies, konnte diesen Weg des sozialen Aufstiegs mit 500 anderen „Junkern“ beginnen. Versprochen wurde den jungen Menschen, die die Wirtschaftskrise der Weimarer Republik am eigenen Leib gespürt hatten, eine bislang unbekannte soziale Absicherung. *„Die Männer, die unsere Burgen beziehen, haben alles frei. Sie werden die Tore zu allen Stellen geöffnet finden. Sie werden keinerlei wirtschaftliche Sorgen mehr haben,“* (Ley a.a.O. 151)

Während Adolf Hitler die Welt noch mit angeblichen Friedensabsichten zu beeindrucken suchte, bauten seine Anhänger durchaus im Einklang mit dem 4-Jahresplan der Kriegsvorbereitung an einer Schulung für den Kriegseinsatz. Die Anlehnung der Ordensburgen an die expansive Tradition des deutschen Ritterordens (gen Osten geht der Ritt) kam in überlebensgroßen Skulpturen, Zeichnungen und Reliefs zum Ausdruck.

Die Ordensburgen haben ihre Ziele ebenso verfehlt wie der Faschismus insgesamt und das ist das Beste, was man heute zu den Burgen sagen kann. Kein Jahrgang der „Junker“ konnte abgeschlossen werden, die Leistungen der Schüler z. B. in der Allgemeinbildung waren erbärmlich. Nach 1939 wurde Vogelsang als Unterbringung für Adolf-Hitler-Schulen weitergeführt. Die Wehrmacht nutzte das Areal, u.a bei der Ardennenoffensive.

Junker im Praxistest – Verbrechen im Osten

Die „Junker“ traten 1939 aber nicht einfach ab und spielten Karten. Sie wurden jetzt dringender denn je benötigt. Die meisten meldeten sich zur Wehrmacht, viele aber kamen in die zivile Verwaltung der besetzten Gebiete Polens. Dort konnten sie ihre Ideologie ausleben, Herr sein, Rassenkrieger. Ohne Unrechtsbewusstsein erzählten sie in Leserzuschriften ihren – ehemaligen – Mitschülern, was sie so erlebten. *„..begannen wir sofort mit der Evakuierung der dortigen polnischen Intelligenz. Wenn auch diese Arbeit für uns ein ganz neues Gebiet war, so geschah dies doch mit Überlegung, Klarheit und Härte... Geliebt von den Baltendeutschen und gehaßt wie die Pest von den Juden, waren wir dankbar für unsere Aufgabe.“* Burggemeinschaft Nov. 1940, zitiert in F.a. Heinen: „Gottlos, schamlos, gewissenlos – Zum Osteinsatz der Ordensburg Mannschaften“, Düsseldorf 2007,S. 46, im Folgenden als ‚Heinen



a.a.o.‘) Unter der bezeichnenden Überschrift „Nach Ostland wollen wir reiten“ schreibt ein ehemaliger Junker: *„Wir haben uns sehr schnell durchgesetzt bzw. einfach gehandelt, wo der Staat noch nicht nachkommen konnte. So haben wir ausgesiedelt, was an Polen uns zu viel erschien – eigentlich waren sie in Posen allenthalben zu viel... Juden - Juden - Juden, wo man hinsah“* (ebenda Heinen a.a.O. S. 47). Ein anderer Burgbriefartikel aus dem Jahr 1940 fasst zusammen: *„Meine spezielle Aufgabe war die Erfassung und Betreuung der Volksdeutschen, karteimäßige Erfassung der Juden, Arisierung der jüdischen Geschäfte.“*

Nach Bekanntwerden der Verstrickung der ehemaligen Junker in die schlimmsten Verbrechen der Nazis meinte der parteilose Bürgermeister der Gemeinde Schleiden, auf deren Gebiet Vogelsang liegt: „Eine Bewertung von Vogelsang als Täterort muss neu vorgenommen werden.“ (2006). Das ist bis heute peinlichst vermieden worden. Es gibt das zitierte und verdienstvolle Buch von F.A. Heinen sowie einen Lokalhistoriker, der im Internet die gewagtesten Verharmlosungsversuche für die ehemaligen Junker betreibt.

Denkmalschutz für in Stein gehauene Nazi Ideologie

Wer immer in Vogelsang Veränderungen durchführen will, stößt schnell auf den Vorbehalt des Denkmalschutzes. Seit 1989 wird die Naziarchitektur und die Nazi„kunst“ vom Denkmalschutz gegen alle Veränderungswünsche verteidigt. Der Regierungspräsident von Köln Antwerpes (SPD) ist dafür verantwortlich. Es fällt natürlich auf, dass 1989 noch gar kein Denken daran war, dass die Belgier das Areal mal aufgeben würden und dass am 1.1.2006 die volle Verfügungsmacht der Bundesrepublik über die Ordensburg wiederhergestellt sein könnte.

Dem Denkmalschutz der Ordensburg ist vorausgegangen der Streit um die Historikerdebatte über die Einmaligkeit der NS Verbrechen, der Streit um den Hände-

Das Hakenkreuz im Turm, ungebrochen

druck von Kohl und Reagan über den SS-Gräbern von Bitburg, um die Bedeutung des 9. November 1938 für die Erinnerungskultur der BRD angesichts steigenden Nationalismus und vor allem und direkt in die Argumentation eingehend der Streit über „Nazi-Kunst im Museum“. Der wohlhabende Kunstmäzen Ludwig hatte sich vom „Bildhauer des Führers“ Arno Breker ein Porträt anfertigen lassen, das er in den aus öffentlicher Hand bezahlten städtischen Kunsttempeln ausstellen wollte. Diese Debatte, als deren Antipode der Künstler Klaus Staeck gilt, fand nun Anwendung in Vogelsang. Obwohl die Experten von den Reliefs, Ornamenten und Skulpturen in Vogelsang selten anders als von Kitsch sprachen, fanden die Verantwortlichen in Köln es wichtig, den Schrott zu erhalten, damit die Gesellschaft sich damit auseinander setzen könne. Der Schutz der Nazi-„kunst“ gilt für die Gesamtanlage.

Der „Architekturführer Vogelsang“ gibt zu: „Es ist aber gerade die den Gebäuden bis heute innewohnende, noch subtil spürbare und erkennbare Macht der Manipulation zum ‚Bösen‘, das den ein-

Beispiele für die „in Stein gehauene Nazi-Ideologie“ auf Burg Vogelsang

maligen und hohen Zeugniswert der Gesamtanlage ausmacht“ (S.27)

So bleibt erhalten, was der Kommandant der Ordensburg Crössingsee so formulierte: *„Die Ordensburgen werden für alle Zeiten Kulturdenkmäler des Nationalsozialismus sein.“* Robert Ley hatte davon gesprochen, dass die Burgen der Größe der Gedanken entsprechen sollten, die in ihnen verkündet werden, d.h. *„nicht allein groß und gewaltig, neu und zweckmäßig, sondern sie mußten auch die Schönheit verkörpern und die Lebensfreude, die der Nationalsozialismus atmet.“* (Ley a.a.o. S. 121)

Auch einige Architekten haben die Gefährlichkeit des Denkmalschutzes in diesem Fall erkannt. „Die Wirkung der Architektur mit Adlerhof und Wandelhalle entwickelt mit einer nicht minder eindrucksvollen landschaftlichen Situation eine suggestive Kraft. Daher kann man den Umgang mit dieser Architektur nicht auf der Ebene des Denkmalschutzes lösen.“ (German-Architekts.com.)

Brechung oder Authentizität

Seitdem die Geschicke des Gedenk- und Lernortes Vogelsang allein von deutscher Seite bestimmt werden (2006) haben die Verantwortlichen immer wieder betont, dass sie bemüht seien, den nationalsozialistischen Charakter der Burg „brechen“ zu wollen. Auf diesem Weg ist bislang wenig erreicht worden. Immerhin bestand schon seit 2002 das Versprechen der Belgier, aus Vogelsang abzuziehen. Die Naziideologie lugt immer noch ungebrochen um jede Ecke und schaut einen aus jeder Ritze an. Die Versuche, daran etwas zu ändern, verenden im Zielkonflikt der Macher. Die Standortentwicklungsgesellschaft will Arbeitsplätze schaffen. Bei den belgischen Streitkräften, die bis 2006 dort ihren Truppenübungsplatz hatten, waren ca. 180 zivile Angestellte beschäftigt. Das gilt als Mindestziel. Um den Ort für auswärtige Investoren attraktiv zu machen – ohne vernünftige Verkehrsanbindung, ohne Infrastruktur und mit immensen Instandhaltungskosten – schrecken die Verantwortlichen auch nicht vor Ideen wie Kirmes zurück. Voraussetzung für die Attraktivität ist der Thrill des Verbotenen, das vom NS und seiner „Kunst“ ausgeht. Deshalb erleben wir in Debatten immer häufiger, dass der Denkmalschutz als Schutz vor Veränderungen hochgehalten wird. Den schönen Worten folgt oft Unverbindliches: „Wir wollen Vogelsang zu einem Ort der Aussöhnung, gemeinsamen Lernens aus der Vergangenheit und freien Gedankenaustauschs zwischen Menschen jeglicher Herkunft und jeder Hautfarbe umwandeln. Dies ist jedoch nur möglich im Zuge einer ‚inneren (inhaltlichen) Brechung‘ mit der Geschichte dieses Ortes. Dabei sollte auf die „äußere Brechung“ der Architektur verzichtet werden, da ansonsten die Authentizität Vogelsangs verloren gehen würde.“ Leitbild der Webseite. Warum braucht ein Mensch zum Lernen aus der Vergangenheit die Authentizität des Faschismus?

Fackelträger – Nazi-Ideal eines männlichen Kriegers

Täterort versus NS Gedenkstätte

Im November 2007 wurde der Antrag der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang, Mitglied im Arbeitskreis NS Gedenkstätten NRW zu werden, abgelehnt. Wer ein Konzept vertrete, bei dem der Eventcharakter die Hauptrolle spiele und die NS-Vergangenheit als Anhängsel behandelt werde, könne nicht aufgenommen werden. Das „Dachmarkenkonzept Vogelsang IP“ verfüge über „eine völlig falsche Gewichtung“. (WDR.de 18.12. 07) Für die NS-Gedenkstätten in NRW ist wohl kaum nachvollziehbar, dass die gut zwei Dutzend NS-Gedenkstätten in NRW mit jährlich insgesamt 118.000 Euro Zuschüssen auskommen müssen, für Vogelsang aber 40 Millionen Euro bereitgestellt werden.

Als für die Umgestaltung des Eingangsbereichs mit Adlerhof und Gebäuden ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben wurde, tauchte der Name Libeskind publikumswirksam auf. Der Aufsichtsratsvorsitzende der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang warnte sofort: „Gerade bei denen, die den Denkmalschutzaspekt des Projektes sehr hoch einschätzen, ist der Name Libeskind nicht unumstritten... die spannende Frage wird aber sein, wie weit diese Brechung geht.“ (AZ 18.3.2008). Herr Libeskind fand das Umfeld wohl nicht erfolgversprechend. Er zog seine Bewerbung zurück. Im Markterkundungsverfahren der Standortentwicklungsgesellschaft 2009 werden angeregt: Hotels, Gästehäuser, Ferienwohnungen, Sprachschulen, Sport-, Freizeit- und Kulturangebote und verträgliches Gewerbe zur Ansiedlung auf dem Gelände.

Die Perspektive der Opfer

Der verstorbene Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland Paul Spiegel hatte schon 2003 in „Landtag Intern“ für den bewussten Verfall von Vogelsang plädiert. „Nein, nationalsozialistische Baudenkmäler, jedenfalls die reinen Täterorte, dürfen nicht um den Preis erhalten werden, dass ihre kostspielige Sanierung die Projektmittel für viele andere wichtige Projekte gefährdet... Am Lernort Ordensburg Vogelsang lässt sich in der Tat etwas lernen, zum Beispiel können Architekten hier die Selbstinszenierung der Nazis studieren. Aber muss man sie dafür unter immens hohen Kosten sanieren, während man gleichzeitig die KZ-Gedenkstätte Lichtenburg, das Lager, dessen Häftlinge Buchenwald und Ravensbrück bauen mussten, mit dem Argument hoher Kosten verfallen lässt? Ich meine, die Prioritäten sollten genau anders herum gesetzt werden: die Ordensburg bewusst verfallen lassen und sie in diesem Zustand als Lernort nutzen, dafür aber die KZ-Gedenkstätte Lichtenburg sanieren.“ Ähnliches ließe sich zum Mädchen-KZ Uckermark sagen, dessen Verfall ein ebensolcher Skandal ist.

Wer den Charakter von Architektur und Nazi-„Kunst“ brechen will, muss die Perspektive der Opfer von Faschismus und Krieg miteinbeziehen. Es reicht keinesfalls, am Fackelträger eine Beschreibung der überlebensgroßen Skulptur aufzustellen. Das dort verkörperte Nazi-Ideal eines männlichen Kriegers muss kontrastiert

werden mit – auch künstlerischen – Hinweisen auf die Opfer dieser Ideologie. Wenn im Schwimmbad die überlebensgroßen Figuren gesunder Männer abgebildet sind, müsste eine Brechung darauf verweisen, dass die, die den Nazi-Idealen nicht entsprachen, unfruchtbar gemacht oder ermordet wurden („Euthanasie"). Als das Schwimmbad für die Öffentlichkeit (vor allem Schulen) geöffnet wurde, gab es Kritik an der Naziselbstdarstellung, die den Kindern unkommentiert zugemutet wird. Wenn in gleicher Größe ein Bild eines im Rahmen der Kindermorde der Nazis umgebrachten Kindes neben den Nazi-Ikonen installiert würde, müsste das Bad geschlossen werden, denn DAS würde „man" den Kindern sicher nicht „zumuten". Das Beispiel Nazi-Kunst im Schwimmbad zeigt übrigens deutlich, dass das Argument des Denkmalschutzes nur vorgeschoben ist, denn das Nazi-Bild ist ja drinnen. Der Denkmalschutz bezieht sich auf Fassaden und Gesamtarchitektur. Die Verantwortlichen wollen auf den Nazi-Ramsch nicht verzichten, obwohl sie es ohne Not könnten.

Die Perspektive der Opfer einzunehmen heißt in Vogelsang auch, derer zu gedenken, die aus Deutschland vertrieben wurden, die ermordet oder mit Arbeitsverboten eingeschüchtert wurden. Die Ausschaltung vieler Künstler war die Voraussetzung dafür, dass Architekten wie Klotz und Bildhauer wie Meller überhaupt staatliche Aufträge bekamen.

Neonazis als Nutznießer der staatlichen Ambivalenz

Der Preis für die ambivalente Haltung der heutigen Betreiber ist, dass die Neonazis Vogelsang für sich entdeckt haben. Ein lächerliches Schild am überdimensionalen Fackelträger mit der verwitterten aber lesbaren Inschrift: „Ihr seid die Fackelträger der Nation. Ihr tragt das Licht des Geistes voran im Kampfe für Adolf Hitler" hält Neonazis der NPD und Kameradschaften nicht davon ab, Bildungs- und Erweckungsfahrten für junge Anhänger zu organisieren. Mit etwas Glück können sie dann im Turm einen Blick auf das den ganzen Boden füllende Hakenkreuz werfen. Artig bedanken sie sich im Gästebuch als „NPD Ortsgruppe mit freien Kameraden". Die Grünen hatten in einem Antrag zur Leitentscheidung der Landesregierung zu Vogelsang noch geklagt, Vogelsang werde zur Wallfahrtsstätte der Neonazis. Aber seitdem ist es ruhig geworden. Es kommen zwar immer noch Neonazis auch zu Führungen. Aber die Satzung sei geändert und die Zusammenarbeit mit Verfassungsschutz und Polizei gut. Konkret steht aber nur ein Polizeiposten in Schleiden zur Verfügung. Wenn zwei Polizisten dann auf die 40 „Kameraden" der NPD stoßen, kann man sich den Ausgang gut vorstellen. So kann man im Gästebuch manchmal sehen, dass der Geist des Faschismus weiter virulent ist: *„Der Kampf um die abendländische Kultur geht weiter...."* und *„Ein wunderbarer Rückblick in eine große Zeit. Auftrag für die Zukunft zugleich."* ist dort zu lesen.

Perspektiven

„Blow it up" hatte ein britischer Offizier nach Besichtigung der Ordensburg gefordert. Die britische Verwaltung verhandelte mit deutschen Stellen über das Material der zur Sprengung vorgesehenen Ordensburg (es sollte dem Klinikum in Bonn zu Gute kommen). Die britische Armee stellte die eigenen Leute vor vollendete Tatsachen, indem sie das Areal als Truppenübungsplatz reklamierte, den sie später den Belgiern übergab, Der Antifaschismus der alliierten Truppen war schlicht und effektiv. Die Nazi-Hoheitszeichen dienten als Schießscheibe, der Turm wurde zur Kletterwand umfunktioniert, das den Boden bedeckende Hakenkreuz wurde durch Matten abgedeckt. Mellers „Der deutsche Mensch" verschwand. Die Deutschen haben 2006 als eine der ersten Handlungen die Matten

Nazis posieren in Vogelsang

entfernt und führen nun Gruppen durch den Turm, die sich über das riesige Hakenkreuz aufregen dürfen.

Die Gestaltung der Ausstellung zur NS-Geschichte ist offen. Ein demokratisch kaum kontrolliertes Expertengremium wird irgendwann mitteilen, was es herausgefunden hat. Wäre es nicht konstruktiv, die Öffentlichkeit zu beteiligen, die Opferverbände mit einzubeziehen und den Gewerkschaften ein Mitspracherecht einzuräumen, denn denen gehört die Anlage ja eigentlich?

Sie werden es nicht tun, weil damit auch die Perspektive des Lernens aus der Geschichte Einzug in Vogelsang halten würde. Und die zentrale Lehre heißt immer noch: Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus. Dann müsste erklärt werden, wie eine Gesellschaft nach den Erfahrungen z. B. in Vogelsang immer noch Rassismus duldet und Teile der Elite diesen selbst fördert. Dann müsste hinterfragt werden, warum die Nato-Truppen – maßgeblich die Bundeswehr – sich in Vogelsang auf den Bosnieneinsatz vorbereitete und im alten Wollseifen Häuserkampf üben konnte. Oder warum der deutschen Polizei erlaubt wurde, Widerstandsbekämpfung auf Vogelsang zu üben.

Die Ideen von Paul Spiegel zum Verfall von Vogelsang sind Geschichte. Mittlerweile sind derart große Summen von Geld bewilligt und schon ausgegeben, dass das Projekt nur noch ein „Erfolg" werden kann/darf. Insofern wird auch unsere grundsätzliche Kritik allenfalls kosmetische Folgen haben. So haben wir Forderungen aufgestellt, die auch ein Befürworter der Neugestaltung der Ordensburg mittragen kann.

Forderungen:

Die VVN-BdA hat ihre Position in einem Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz bestimmt. Dabei sind folgende Forderungen aufgestellt worden:

1. Wir stehen ein für die Erschließung der einzigartigen Natur des ehemaligen Truppenübungsplatzes und die aktive Gestaltung des Nationalparks.

2. Wir lehnen das bisherige Konzept des Umgangs mit der Geschichte der Nazi-Diktatur auf Vogelsang als unangemessen ab.

3. Wir lehnen den von Regierungspräsident Antwerpes 1989 (!) verantworteten Denkmalschutz für Nazisymbole und Nazi-„kunst" ab. Wir fordern deshalb die Aufhebung des Denkmalschutzes für die Nazisymbole, Statuen und Mosaike auf Vogelsang, die bis heute unkommentiert und ungebrochen konsumiert werden können.

4. Die VVN-BdA hält daran fest: Denkmalschutz ist Menschenwerk und eine Manifestation des politischen Willens. Denkmalschutz ist kein Naturgesetz.

5. Die VVN-BdA fordert die nachvollziehbare Brechung der Nazi-Architektur und die Beseitigung der Nazi-„kunst".

6. Die VVN-BdA fordert die Einbeziehung der Opferverbände in die Umgestaltung der Ordensburg.

7. Die VVN-BdA ist grundsätzlich der Auffassung, dass der Eigentümer der Ordensburg der Deutsche Gewerkschaftsbund ist. Sie fordert eine Entschädigung für den DGB, denn die Burg wurde von den Geldern erbaut, die dem ADGB 1933 gestohlen wurden.

8. Die VVN-BdA fordert ein realistisches Konzept für die Sicherheit vor Neonazi-Auftritten auf der Ordensburg. ■

Frontex-Leitlinien in Kraft – Flüchtlingsschutz bleibt auf der Strecke

„Ungeachtet der Kritik der Mehrheit der Europaabgeordneten sind die Leitlinien für die EU-Grenzschutzagentur Frontex in Kraft getreten. Auf der Strecke bleibt der effektive Flüchtlingsschutz. In den Leitlinien enthaltene Absichtserklärungen zur Achtung von Flüchtlingsrechten sind solange reine Augenwischerei, wie es keine verbindlichen Vorgaben dazu gibt, wie sie auf Hoher See konkret umgesetzt werden sollen“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke. Zur Ablehnung und Neuverhandlung des Frontex-Leitlinien-Entwurfs der Kommission hätte es einer qualifizierten Mehrheit im Europaparlament bedurft, die am Donnerstag vergangener Woche jedoch knapp nicht zustande kam. Ulla Jelpke weiter:

„Die Leitlinien verhindern darüber hinaus nicht, dass es auch zukünftig völkerrechtswidrige Zurückweisungen von Flüchtlingsbooten durch EU-Staaten ohne Frontex-Beteiligung geben wird – etwa durch Italien nach Libyen oder vor den Küsten Afrikas. Vielmehr führen die Leitlinien nun sogar dazu, dass einzelne EU-Staaten sich ganz aus Frontex-Operationen ausklinken. So hat die Regierung Maltas angekündigt, sich nach Inkrafttreten der Leitlinien nicht mehr an FRONTEX-Operationen zu beteiligen, weil sie fürchtet, dass Malta dann verstärkt zur Aufnahme von Boatpeople bzw. Flüchtlingen verpflichtet wäre. Diese Reaktion Maltas macht auf das eigentliche Problem aufmerksam, dass es nämlich kein faires und wirksames Lastenteilungssystem innerhalb der EU gibt und die EU-Randstaaten dadurch quasi auf den Flüchtlingen „sitzen“ bleiben – und deshalb die Abschottung an ihren Außengrenzen noch einmal verstärken.

DIE LINKE bleibt deshalb dabei: Für ein faires und effektives Asylsystem in der Europäischen Union ist eine radikale Änderung insbesondere des Dublin-Systems unaufschiebbar. Die Bundesregierung muss endlich aufhören, hier als Bremserin zu agieren.“

Ulla Jelpke, MdB ■

Positive Bilanz der Härtefallkommission

„Die Berliner Härtefallkommission ist zu einer tragenden Säule einer an humanitären Gesichtspunkten ausgerichteten Aufenthaltspolitik geworden“ dieses Fazit zieht der Integrationsbeauftragte Günter Piening mit Blick auf das 5-jährige Bestehen dieser Einrichtung. „Wenn man bedenkt, dass Berlin bundesweit gut ein Viertel der positiv beschiedenen Härtefälle stellt, dann lässt sich daraus ermessen, wie wichtig dieses Engagement für Menschen geworden ist, die durch das Netz der regulären Aufenthaltsregelungen nicht aufgefangen werden.“ Im vergangenen Jahr wurde in Berlin in 134 Fällen positiv entschieden; dadurch erhielten 237 von Abschiebung bedrohte Personen eine Aufenthaltserlaubnis. In den letzten fünf Jahren haben in Berlin 1843 Personen durch die Arbeit der Härtefallkommission einen Aufenthaltstitel erhalten.

Ein positives Resümee der Arbeit der Härtefallkommission zog auch P. Martin Stark SJ, Vertreter des Erzbistums Berlin, und lobte die „pragmatische Handhabung“ des Berliner Innensenators. Er forderte eine Bleiberechtsregelung für Ausländer, die mindestens fünf Jahre hier geduldet leben. “Wir reden viel über Integration und betreiben gleichzeitig eine Art systematischer staatlicher Desintegration dieser Menschen.“ Das System der „Kettenduldung“ bezeichnete er als ein „staatliches Integrationsverbot“, das für die breite Mehrheit der Bevölkerung nicht nachvollziehbar sei.

Quelle: Newsletter Jesuitenflüchtlingsrat März 2010 ■

Durchreiseplätze einrichten!

BERLIN/KÖLN. Anfang Dezember letzten Jahres kamen französische Roma nach Köln, die einer evangelischen Freikirche, dem „Centre mission evangelique“ in Paris angehören.

Sie suchten nach einer Möglichkeit, einige Wochen in Köln zu bleiben, um mit ihren hiesigen Verwandten Weihnachten und Neujahr zu feiern. Da Köln immer noch keine Durchreiseplätze mit sanitärem Bereich eingerichtet hat (obwohl seit 1988 ein Ratsbeschluss dazu besteht und viele deutsche Großstädte vorbildliche Anlagen unterhalten), suchten die Roma mit ihren Wohnwagen einen Parkplatz am Eisstadion auf, der in einem kleinen Waldstück mit Abstand zur Wohnbebauung liegt. Es gab sofort Anwohnerproteste. Die wurden besonders aggressiv, weil wegen der fehlenden Toiletten die Reinhaltung der Umgebung des Platzes nicht gelang. Der Rom e.V. hat dann zusammen mit dem Ordnungsamt dafür gesorgt, dass Dixi-Klos aufgestellt wurden, die die Roma selbst bezahlten und die Müllabfuhr Container aufstellte. Der verantwortliche Pastor der Roma stellte außerdem eine Reinigungskraft ein. Dennoch blieb die Situation unbefriedigend, wohl weil mittlerweile etwa 40 Wohnwagen auf dem Platz waren und wegen der Schnee und Eisverhältnisse eine Weiterfahrt der Gespanne nicht zu verantworten war.

Der Rom e.V. versuchte einerseits Kontakte zu den Anwohnern und einer nahen Kirchengemeinde zu arrangieren und moderierte die Verhandlungen der Roma mit städtischen Beamten des Ordnungsamtes. Die Roma sagten die Abreise zu und räumten den Parkplatz pünktlich zum versprochenen Zeitpunkt. Nach einem kurzen Zwischenaufenthalt auf einem anderen Platz, bis die Straßen eis- bzw. schneefrei waren, verließen die letzten Gespanne Köln wieder. Die Roma hatten

17. aktualisierte Auflage

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen
– 1993 bis 2009 –

Menschen flohen vor Krieg, Verfolgung und Elend.
Sie fanden hier den Tod.

Die Dokumentation umfaßt Todesfälle und Verletzungen bei Grenzüberquerungen; Selbsttötungen, Selbsttötungsversuche und Verletzungen von Flüchtlingen aus Angst und auf der Flucht vor Abschiebungen; Todesfälle und Verletzungen vor und während Abschiebungen, Mißhandlungen und Folter nach Abschiebungen. Die Zusammenstellung umfaßt auch Brände und Anschläge auf Flüchtlingssammellager und mehr. Die beschriebenen über 5000 Einzelgeschehnisse machen deutlich, daß die Chance, in der BRD Schutz und Sicherheit zu finden gegen Null läuft.

Einzelfall-Dokumentation
in zwei Heften (510 S.)
und auf CD-ROM

Antirassistische Initiative e.V.
Dokumentationsstelle
Fon 030 – 617 40 440
Fax 030 – 617 40 101
ari-berlin-dok@gmx.de
www.ari-berlin.org

zum Schluss gefragt, ob es nicht möglich sei, auch in Zukunft sich in Köln vorübergehend aufhalten zu können, wie dies ja in Hamburg, München und auch in vielen französischen Städten möglich sei; dort würden sie stets gastfreundlich aufgenommen, gute Anlagen vorfinden. Selbstverständlich wären sie bereit, entsprechende Gebühren und Kautionen zu bezahlen. Übrigens bestätigen die Städte Hamburg und München, dass seit der Einrichtung von Durchreiseplätzen das „wilde" Parken von Roma-Wohnwagen im Stadtgebiet aufgehört habe.

Ein aktueller Bericht des Berliner „Tagesspiegel" zeigt, dass trotz Krise die Stadt Berlin jetzt endlich den Forderungen des Europa-Rates und des deutschen Städtetages zur Einrichtung eines Durchreiseplatzes nachkommen will.

Dass auch die Stadt Köln endlich ihren Ratsbeschluss umsetzt, das hat der Rom e.V. erneut von den Politkern und anderen Verantwortlichen gefordert.

Quelle: Rundbrief „Nevipe" („Neuigkeiten") ROM e.V. ■

BRD-Blick Kosovo: komplette Realitätsverweigerung

Übereinstimmend sehen unabhängige internationale Beobachter und Organisationen die Lage der Minderheiten der Roma, Ashkali und Ägypter im Kosovo als extrem kritisch an. Sie verlangen zumindest eine Aussetzung der Abschiebungen aus westeuropäischen Staaten. Ganz anders die Bundesregierung. Die sieht keinen Grund, ihre Abschiebepraxis in Zweifel zu ziehen. Dies ergibt sich aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90 / Die Grünen im Bundestag (BT-Drucksache 17/ 692) Nicht die Wirklichkeit ist der Maßstab der Bundesregierung. Ihr genügen papierene Absichtserklärungen und die Existenz von Menschenrechtsbeauftragten, um die Situation schön zu schreiben. Die Interimsverwaltung der Vereinten Nationen für den Kosovo (Unmik) hat in den zehn Jahren ihrer Tätigkeit für jede Kommune Minderheitenbeauftragte etabliert – machtlose Papiertiger ohne ein Budget oder politisches Gewicht. Integrationsprogramme stehen Jahre später immer noch nur auf dem Papier. Die deutsche Regierung ignoriert dies. Im Kosovo herrscht weiterhin eine umfassende Diskriminierung der Roma. Die albanische Bevölkerungsmehrheit schanzt sich die wenigen Arbeitsgelegenheiten zu. Die Folge ist eine fast hundertprozentige Arbeitslosigkeit bei Roma. Die von der Bundesregierung zitierte „durchschnittliche" Arbeitslosigkeit von mehr als 45 Prozent spiegelt dies nicht wieder.

Abschiebungen von Roma führen auch weiterhin in vielen Fällen auf die Müllhalden des Kosovo. Trotz jahrelanger Kritik internationaler Organisationen sind 500 Roma weiterhin gezwungen, in bleiverseuchten Lagern zu leben. Die Regierung des Kosovo hat weder den Willen noch die Mittel, daran etwas zu ändern.

Wo die Kritiker allesamt weiterbestehende Ausgrenzung, Diskriminierung und Verelendung sehen, da sieht die Bundesregierung lediglich „Defizite auf lokaler Ebene" oder „Koordinationsschwierigkeiten innerhalb des kosovarischen Staates" sowie „Funktionsdefizite in Justiz und Verwaltung". Die Rechtstaatsmission Eulex springt da hilfreich bei. Wo UNHCR Kosovo-Roma im gesamten Gebiet des Kosovo Androhungen physischer Gewalt und sonstigen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sieht, da qualifiziert EULEX konkrete Zwischenfälle „nicht als ethnisch motivierte Verfolgungshandlungen".

Hilfen für Rückkehrer bzw. Abgeschobene aus Deutschland und anderen westeuropäischen Staaten gibt es von kosovarischer Seite nicht. Sozialhilfe gibt es für vereinzelte Rückkehrer in der Kommune, in der sie bei der Flucht gemeldet waren. Können sie dorthin nicht zurück, gehen sie leer aus. Wohnungen werden häufig an Roma nicht vermietet, meist haben sie ohnehin kein Geld. Das deutsche Abschiebungsbegleitprogramm heißt URA2. Dessen Möglichkeiten und Kompetenzen sind beschränkt. Unterstützung gibt es nur für maximal fünf Monate, danach stürzen Abgeschobene ins Elend. In der Beantwortung der Bundestagsanfrage hält die Bundesregierung die Fahne dieses kurzatmigen und nicht nachhaltigen Projektes gegen alle Fakten hoch.

PRO ASYL fordert einen sofortigen Abschiebestopp für Roma, Ashkali und sogenannte Kosovo-Ägypter. Die Bundesregierung muss Anstrengungen unternehmen, die kosovarische Regierung bei der Schließung der bleiverseuchten Lager in der Region Mitrovica zu unterstützen. Papierene Absichtserklärungen genügen nicht für eine Rückkehr in Würde.

Quelle: PM Pro Asyl 25.2.2010 ■

Ohne Deutschtest keine Einreise? DRK fordert Härtefallregelung

BERLIN. Ausländische Ehepartner sollen in Härtefällen nach Deutschland einreisen dürfen, auch wenn sie zunächst kein Deutsch sprechen. Dafür setzt sich das Deutsche Rote Kreuz aus aktuellem Anlass ein. Vor dem Bundesverwaltungsgericht wird voraussichtlich am 30. März der Fall einer türkischen Analphabetin entschieden, deren Visumsantrag wegen fehlender Deutschkenntnisse abgelehnt worden war. Die Frau wollte zu ihrem in Deutschland lebenden türkischen Ehemann reisen. Sie beruft sich darauf, dass sie weder Lesen noch Schreiben gelernt habe und in ihrem Heimatland über 400 Kilometer weit fahren müsse, um einen Deutschkurs zu besuchen. „Eine Härtefallregelung ist erforderlich, damit humanitär problematische Einzelfälle im Sinne des Schutzes von Ehe und Familie gelöst werden können", so der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Rudolf Seiters. Seit August 2007 können ausländische Eheleute nur dann ihren Partnern nach Deutschland folgen, wenn sie Deutschkenntnisse in Wort und Schrift nachweisen können. Damit wollte man Zwangsheiraten erschweren. Stattdessen sind häufig unfreiwillige dauerhafte Trennungen von Ehepartnern und Familien die Folge. Die Mitarbeiter des DRK-Suchdienstes und der DRK-Beratungsstellen wissen dies aus erster Hand: Als sie einen Deutschkurs besuchen will, erhält eine afghanische Ehefrau Morddrohungen von den Taliban. Die Ehefrau eines Spätaussiedlers muss in Russland zurückbleiben, weil sie wegen fortschreitender Erblindung keinen Sprachkurs besuchen kann. Aus Sicht des DRK sind der Ausbau und die qualitative Verbesserung der in Deutschland angebotenen Sprachkurse ein wirksamer Weg, Neuzuwanderer zu integrieren.

Daneben sollte es aber auch eine humanitäre Lösung von Härtefällen geben.

Quelle: Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland (JRS) – DRK-Pressemeldung 26.3.2010 ■

Hinterland #13 – Heft der Flüchtlingsräte 2010
Schwerpunkt: ANTIZIGANISMUS
die 13. Hinterland-Ausgabe ist nicht nur eine solche, sondern auch das gemeinsame Heft der Flüchtlingsräte 2010! Mit dieser bundesweiten Ausgabe wollen wir an die Verfolgung und Vernichtung von Sinti und Roma erinnern und Zeichen gegen die antiziganistischen Kontinuitäten und die aktuellen Abschiebungen in den Kosovo setzen. AbonnentInnen und Fördermitglieder des Bayerischen Flüchtlingsrates erhalten die neue Ausgabe in den nächsten Tagen. Ansonsten ist
es möglich, das Magazin über das Portal **www.hinterland-magazin.de** zu bestellen.

Essenspakete-Boykott kostet Geld!

Seit Januar 2010 streiken Flüchtlinge in bayerischen Lagern gegen ihre unerträgliche Lebenssituation. Immer mehr LagerbewohnerInnen haben sich bis heute dem Streik angeschlossen. Die zentralen Forderungen der streikenden Flüchtlinge:

- Bargeld statt Essenspaketen
- Das Recht, zu arbeiten
- Bewegungsfreiheit statt Landkreisbeschränkung durch „Residenzpflicht“
- Abschaffung der Zwangsunterbringung in Lagern
- Respekt der Verantwortlichen in Ausländerbehörden, Landratsämtern und Innenministerium gegenüber Flüchtlingen

Begonnen hatte der Flüchtlingskampf am 26. Januar mit einem Hungerstreik in den niederbayerischen Lagern Hauzenberg und Breitenberg. Der Hungerstreik wurde nach fast drei Wochen beendet, gleichzeitig fahren die Flüchtlinge fort, die Annahme der Essenspakete zu boykottieren. Der Protest wächst: Am Essenspaketeboykott beteiligen sich inzwischen über 100 Menschen in 10 Lagern in den Regionen Niederbayern, Oberpfalz und Schwaben; die streikenden Flüchtlinge rufen auch die BewohnerInnen anderer Lager dazu auf, sich dem Kampf anzuschließen. Damit wollen sie den Druck auf die Landesregierung ausüben und bei der für Anfang März geplanten Debatte über die Flüchtlingspolitik im bayerischen Landtag positive Ergebnisse erkämpfen.

Die Gruppen, die den Flüchtlingsstreik unterstützen, die „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen“, das „Passauer Bündnis für Flüchtlingsrechte“, die „Bürgerinitiative Asyl Regensburg“ und der Bayerische Flüchtlingsrat, halten zur Zeit eine Notversorgung der Flüchtlinge aufrecht. Für die Dauer des Essenspaketeboykotts stellen sie Geldspenden bereit, damit die Streikenden sich Lebensmittel kaufen können.

Das Budget ist jedoch sehr knapp und reicht nur für kurze Zeit, um die Flüchtlinge mit genügend Nahrung versorgen zu können. Je mehr Flüchtlinge sich am Essenspaketeboykott beteiligen, desto schwieriger wird es, die Notversorgung aufrechtzuhalten! Die streikenden Flüchtlinge in den bayerischen Lagern sind also DRINGEND auf Spenden angewiesen, damit sie ihren Streik weiter durchhalten können. **Spenden für den allgemeinen Essenspaketeboykottfonds** der Karawane München können an folgende Kontoverbindung gemacht werden: Bayerischer Flüchtlingsrat, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ: 700 205 00 / Konto-Nr: 88 32 602. Verwendungszweck: Karawane/Essenspaketeboykott. Das Geld geht zu 100 % in die Essenspaketeboykotts, die Spende kann von der Steuer abgesetzt werden (bis 200 EUR reicht der Überweisungsbeleg, darüber bitte Adresse angeben). Wer den Essenspaketeboykott in Hauzenberg, Breitenberg und Passau direkt unterstützen will, kann auch an das „Passauer Bündnis für Flüchtlingsrechte“ spenden:

ZAKK e.V., Sparkasse Passau, BLZ: 740 500 00 / Konto Nr: 240 298 596, Verwendungszweck: Flüchtlingsunterstützung ■

Kapitalverbände und Gewerkschaften vorübergehend in einem Boot

FRANKREICH. Theoretisch steht die Beschäftigung sich „illegal“ in Frankreich aufhaltender Einwanderer durch Arbeitgeber seit langem unter Strafe. Verschärft hat sich die Strafdrohung im französischen Falle seit dem 1. Juli 2007. Denn seit jenem Datum fordert der Gesetzgeber vom einzelnen Arbeitgeber nicht nur, er solle sich – irgendwie – versichern, dass die von ihm eingestellte Arbeitskraft sich „gesetzmäßig“ in Frankreich aufhält. (Dafür genügte in der Praxis oft ein flüchtiger Blick auf irgendwelche Unterlagen, später von der Bemerkung gefolgt: „Nein, ich konnte nicht sehen, dass die Papiere falsch war – für mich sahen sie wirklich echt aus.“) Seit Juli 2007 muss ein Arbeitgeber die Präfekturen – also Polizei- und Ausländerbehörden – einschalten, um überprüfen zu lassen, ob Ausweispapiere und Aufenthaltstitel echt sind.

So weit die Theorie. Denn in der Praxis gilt noch immer das Prinzip „wo kein Kläger, da ist auch kein Richter“. Und je wirtschaftlich bedeutend und/oder einflussreicher auf die politischen Machthaber ein Unternehmen ist, desto sicherer kann es sein, dass keine Kontrollen zu befürchten sind. Dennoch fühlen auch einige Sektoren innerhalb der Arbeitgeberschaft den Druck auf sich wachsen – da die staatliche Politik bisweilen, um Showeffekte bemüht oder wenn es den Erfordernissen der Wahlpolitik respektive (um mit Guy Debord zu sprechen) „des Spektakels“ dient, eben doch auch gegen einzelne Arbeitgeber vorgeht.

Um die von ihnen beschäftigten „illegalen“ Immigranten zu treffen, wird auch der generelle Druck auf die Unternehmer erhöht, um die materiellen Lebensgrundlagen der durch die Politik als unerbeten erklärten Einwanderer zu beschneiden. Zumal sich die bürgerliche Rechte in einem politischen Wettlauf mit der extremen Rechten befindet. Und bei jener fordert Marine Le Pen mit sozialdemagogisch unterlegtem Tonfall, keine Gnade für die „neuen Sklavenhalter“ walten zu lassen, die „illegale Ausländer“ einstellen – das Wettern gegen die Arbeitgeber, die sie beschäftigen, dient dabei als Projektionsfläche, auch wenn das eigentliche Ziel darin besteht, „für französische Arbeitnehmer reservierte Arbeitsplätze“ zu fordern. Bisweilen muss die konservativ-liberale Rechte deswegen mitziehen, wenn es um (obwohl im Allgemeinen wirkungslose, doch im Konkreten nicht immer gänzlich folgenlose) Agitation im Namen des staatlich definierten „Gemeinwohls“ gegen die „egoistischen“ Einzelkapitalisten, die ‚Sans papiers – also „illegale Ausländer“ – einstellen oder beschäftigen, geht.

Vor diesem Hintergrund kommt es in jüngster Zeit zu, nennen wir es: ungewöhnlichen Allianzen und Bündniskonstellationen. Denn ein (in dieser Frage, im Vergleich zur Politik von Staat und rechten Parteien, relativ „aufgeklärter“ respektive „pragmatischer“) Teil des Kapitals wendet sich zusammen mit dem für die ‚Sans papiers‘ aktiven Teil der Gewerkschaften nun auch öffentlich gegen den Beißkrampf der rechten Politmacher. Am 3. März 10 unterzeichneten der Verband mittelständischer Unternehmen (die CGPME), der Wirtschaftsverband für „ethnisches Unternehmertum“ Ethic, das Reinigungsunternehmen Véolia Propriété zusammen mit einer Reihe von Gewerkschaften – von links nach rechts ungefähr in folgende Reihenfolge zu bringen: Union syndicale Solidaires/SUD, FSU, CGT, UNSA und CFDT – eine gemeinsame Erklärung. Darin setzen sie sich für eine, laut der Formulierung in ihrem gemeinsamen Pressekommuniqué, „pragmatische, konstruktive und positive“ Umgangsweise mit den Beschäftigten ohne legalen ausländerrechtlichen Aufenthaltsstatus in Frankreich ein.

Deren Beschäftigung in vielen Wirtschaftszweigen solle als „ökonomische Realität“ anerkannt werden; und den Betroffenen soll es möglichst unbürokratisch erlaubt werden, an Aufenthaltstitel zu kommen, sofern ihre Anwesenheit einem realen Bedürfnis der Ökonomie entspricht. Die Ethic-Vorsitzende und Unternehmerin Sophie de Menton sprach von einer ‚Green Card‘ für benötigte Arbeitskräfte, in Anlehnung an die gleichnamige Arbeitserlaubnis in den USA.

Selbige Erklärung wurde am Montag, den 8. März dann auch an die Regierung überreicht. Letztere versuchte das Ereignis aber zunächst schlicht zu ignorieren. Inzwischen hat das von Eric Besson geleitete Einwanderungsministerium je- →

doch bezüglich der Erklärung verlautbaren lassen, dass man sich mit ihr, nun ja, den Hintern abwischen werde: An der sehr selektiven und punktuellen „Legalisierungs“praxis für einzelne Lohnabhängige, die schon bislang verfolgt wurde, werde man „nichts ändern“.[1]

Der mittelständische Unternehmerverband – die CGPME – hat sich ein paar Tage später jedoch zunächst leicht von dem Text distanziert; verneinte jedoch auf Nachfrage hin die Behauptung der Regierung, ihr sei eine Falle gestellt und der Text nur untergeschoben worden. Mutmaßlich mochte die CGPME nur nicht in der ersten Reihe stehen, um den Inhalt der Erklärung offensiv zu vertreten. Inzwischen behaupten die damals an dem Zusammentreffen vom 3. März beteiligten Kapitalverbände jedoch, es habe überhaupt kein Abkommen oder keine gemeinsame Erklärung gegeben, sondern lediglich eine Art – völlig unverbindliches – Diskussionsprotokoll.

Bernhard Schmid, Paris ■

1 Vgl. http://www.lemonde.fr/societe/article/2010/03/08/patronat-et-syndicats-signent-un-texte-commun-sur-les-salaries-sans-papiers_1316292_3224. html#ens_id=1237707 und http://www.lemonde.fr/societe/article/2010/03/12/sans-papiers-fin-de-non-recevoir-du-gouvernement-a-la-proposition-syndicat-patronat_1318177_3224.html#ens_id=1237707

ERGÄNZUNG ZUR RUBRIK ‚AUSLÄNDERPOLITIK' IN DER VORIGEN AUSGABE:

In der letzten Ausgabe der AN hatten wir in der Rubrik „Ausländerpolitik“ u.a. über die Rückkehr der abgeschobenen, marokkanischen Oberschülerin Najlae Lhimer nach Frankreich berichtet. Dazu noch folgender Nachtrag. Die 19-Jährige konnte – wie bereits berichtet – am Samstag, den 13. März nach Frankreich zurückkehren. Diese Rückkehr, angeordnet von Präsident Nicolas Sarkozy (als demonstrativ am Internationalen Frauentag, dem 8. März, verkündeter staatlicher Gnadenakt), hat inzwischen zwei unterschiedliche Konsequenzen ausgelöst. Die eine davon unmittelbar am Tag der Rückkehr Najlaes am Flughafen Paris-Orly: Obwohl das Netzwerk RESF („Bildung ohne Grenzen“) die konkrete Arbeit für die Betreuung und den Schutz von Najlae Lhimer während ihres dreiwöchigen erzwungenen Aufenthalts in Marokko verrichtet hatte, versuchte eine unrühmlich bekannte Streberinnenorganisation, die Aufmerksamkeit der Medien am Flughafen für sich zu vereinnahmen. Die pseudo-emanzipatorische Frauenorganisation NPNS (Ni Putes ni Soumises, „Weder Nutten noch unterwürfig“), die gerne „die Republik“ verherrlicht und gegen ihre Bedrohungen besonders aus moslemischer Ecke verteidigt – der Verein steht der amtierenden Staatssekretärin Sarkozys für die Vorstädte, Fadela Amara, als seiner früheren Vorsitzenden nahe und unterstützte u.a. die unsägliche Regierungskampagne zur „nationalen Identität“ alias Leitkultur –, versuchte die Rückkehr Najlaes als i h r e n Erfolg zu verkaufen. Die Oberschülerin wurde auf dem Flughafen von Orly bedrängt, sich doch bitte-bitte-bitte das T-Shirt von NPNS überzustreifen, auf dass diese Vereinigung sich den Erfolg „im Namen der Frauenrechte“ an ihre Federn stecken könne. Nachdem die Schülerin dies verweigert hatte, zogen die Aktivistinnen von NPNS enttäuscht von dannen.

Sonntag, den 28. März wurde dann publik, dass der Präfekt von Orléans (der auch als Regionalpräfekt für ganz Zentralfrankreich amtierte), Bernard Fragneau, infolge von Nicolas Sarkozys Entscheidung zugunsten der Rückkehr der Oberschülerin Najlae Lh. sein Amt quittiert. Er fühlt sich durch den Staatspräsidenten „desavouiert“ und hat seinen Rücktritt erklärt. In einem Teil der politischen Rechten wird er nun als couragierter Held gefeiert. So erklärte der rechtskonservative Fernseh- und Printmedien-Journalist Eric Zemmour in seinem allmorgendlichen Kommentar im Frühstücksfernsehen auf RTL am 30. März: „Hut ab, Herr Präfekt!“ Und das ‚Figaro-Magazine', Wochenendbeilage der konservativen Tageszeitung ‚Le Figaro', schrieb am 2. April in einem Leitartikel („Die Uniformmütze und der Hut“) u.a.: „Dies ist die Geschichte eines mutigen hohen Beamten, dessen Fehler darin bestand, das Gesetz anzuwenden (...). Es ist eine Geschichte, die viel aussagt über eine gewissse Verblendung der Medien, aber auch über die Kleinmütigkeit unserer Regierenden gegenüber der Tyrannei der Emotion.“ *bhs* ■

8. Mai 2010: Befreiungsfeier am neuen Denkmal in Mittenwald!

Als bundesweiter Zusammenschluss AK Angreifbare Traditionspflege versuchen wir seit 2002, in Zusammenarbeit mit der VVN-BdA offensiv an die Kriegsverbrechen der deutschen Gebirgsjäger zu erinnern und gegen das letzte große Veteranentreffen der Wehrmacht zu demonstrieren.

Wir sind hocherfreut, dass die Mittenwalder Bevölkerung samt ihrer gewählten Vertreter nach acht Jahren zäher und schwieriger (internationaler) Überzeugungsarbeit beginnt, öffentlich über die Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger zu sprechen und dies mit der Einweihung eines würdigen Denkmals für alle Zeiten besiegelt. Es ist wunderbar, dass es jetzt dieses schöne Denkmal vor der Grund- und Hauptschule mitten in Mittenwald gibt. Vorbei ist die Zeit, in der Hakenkreuzorden ganz ungeniert durch Mittenwald getragen wurden. Mit Hilfe der Kirchen und der Lehrkörper wurden zum ersten Mal nach 65 Jahren Überlebende des Nationalsozialismus in der Gemeinde offiziell begrüßt und willkommen geheißen, endlich öffnet die Gemeinde Mittenwald Widerstandskämpfern und Holocaust-Überlebenden ihre Gasthäuser, Schulen und Gemeindezentren.

Anders dagegen die Bundeswehr und der „Kameradenkreis der Gebirgstruppe e.V.“. Sie laden auch dieses Jahr wieder ehemalige Angehörige von Wehrmacht und Waffen-SS zur Veteranenfeier auf den Hohen Brendten ein.

Für das letzte große Soldatentreffen von Hitlers Wehrmacht in Deutschland haben sie zudem noch ein historisch bedeutsames Datum gewählt: Ausgerechnet am 8. und 9. Mai, also am 65. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus, wollen die greisen Gebirgsjäger und ihre Unterstützer aus der Bundeswehr ganz ungeniert ihren Kameradschaftsabend und ihren Feldgottesdienst feiern.

Auch wenn es die Tourismusbranche in Mittenwald schmerzt, werden wir es uns nicht nehmen lassen, dieses Jahr erneut wieder nach Mittenwald zu mobilisieren und gegen das letzte NS-Kriegsverbrechertreffen in Deutschland zu demonstrieren. Die Planung im einzelnen:

7. Mai 2010

Ein Reisebus sammelt die Protestwilligen aus dem Norden und Westen ein. Auf der Fahrt nach Mittenwald sind Zwischenstopps und Kundgebungen bei nicht verurteilten NS-Kriegsverbrechern geplant. Wir bereiten u.a. Kundgebungen bei den SS-Leuten Klaas Faber in Ingolstadt und bei Sören Kam in Kempten vor. Diese Aktionen werden mit den lokalen Bündnissen vorbereitet.

8. Mai 2010: Liberation-Tour

Für den Samstag ist für den Vormittag eine antimilitaristische Kaffeefahrt geplant. Wir „besichtigen“ die Nato-Schulen von Oberammergau und Garmisch-Partenkirchen und besuchen die Gräber von Deserteuren in der Region.

Ab 15.00 Uhr: Zeitzeugenveranstaltung am neuen Denkmal. Begrüßung der ZeitzeugInnen durch Abgeordnete des Bundestages und des österreichischen Nationalrates. Angefragt sind u.a. Manolis Glezos (Athen), Shlomo Venezia (Rom) und Leon Landini (Paris).

17.00 Uhr: Kundgebung und Demonstration gegen das Kameradschaftstreffen

19.00 Uhr: Konzert mit Gasparazzo (angefragt)

9. Mai 2010: Aktionen gegen die Brendten-Feier

Ab 8.00 Uhr: Protestwanderung auf dem Hohen Brendten zum „Ehrenmal“ der Gebirgsjäger.
10.30 Uhr: Inspektion des Feldgottesdienstes mit Abgeordneten (angefragt)
12.00-15.00 Uhr: Kundgebung in Mittenwald
Kontakt zum AK Angreifbare Traditionspflege/ Neue Folge

angreifbare.tradition@yahoo.de
http://twitter.com/AngreifbareTrad
http://mittenwald.blogsport.eu

Wir brauchen – wie immer – viel Geld!
Spendenkonto: Freie Medien Postbank Essen Kto 470834437, BLZ 360 100 43
Stichwort Mittenwald
Bustickets nach Mittenwald (7. Mai morgens hin, 9. Mai retour) gibt's unter *angreifbare.tradition@yahoo.de*
(Route Amsterdam, Aachen, Köln, Frankfurt…)

AK Angreifbare Traditionspflege ■

Widerstand gegen „pro NRW“ wächst

Nicht nur im Ruhrgebiet, wo die selbstetikettierte „Bürgerbewegung“ pro Köln sich am Wochenende blamierte, so gut sie konnte, auch in vielen anderen Städten und Regionen Nordrhein-Westfalens wächst der Widerstand gegen die Nadelstreifenrassisten. In Solingen, wohin pro Köln am 1. Mai mobilisiert, hat sich ein breites Bündnis demokratischer Kräfte gebildet, um denjenigen, die den internationalen Kampf- und Feiertag der Arbeiterklasse für ihre menschenfeindliche Hetze zu missbrauchen, einen passenden Empfang zu bereiten.

Als eine Art antifaschistischer Service, damit nicht überall wo die Mannen um Rouhs und Beisicht auftauchen, um ihre Hetze zu verbreiten, das benötigte Aufklärungsmaterial neu entwickelt werden muss, gibt es die Aktion „Kein Bock auf pro NRW“. Unter **www.get-up.mobi** gibt es nicht nur aktuelle Informationen und Materialien (z. B. Aufkleber), eine umfangreiche und professionell gestaltete Aktionszeitung, sondern auch zwei Flugblattvorlagen, in denen die pro-NRW-Demagogie enthüllt wird.

Geht es im ersten Text darum, die in Köln und Umgebung bereits bekannten Informationen über den extrem rechten Charakter der Gruppe und die braune Vergangenheit einer Reihe ihrer führenden Protagonisten darzustellen, gleicht der zweite im Stil einem der großen Boulevardblätter. Mit großen Überschriften und relativ knappen Texten wird auf den Widerspruch zwischen Wort und Tat des pro-Grüppchens hingewiesen. Auch wenn die Art der Darstellung gewiss nicht nach jedermanns Geschmack sein dürfte, eignet sich der Text allerdings gut dazu, Menschen anzusprechen, die einer ausgesprochen politisch-ideologischen Argumentation nicht ohne weiteres zugänglich sind. Die Flugblätter stehen auf der Webseite als pdf_Dateien zur Verfügung und können ohne Mühe runtergeladen und ausgedruckt werden.

Ungemach könnte den Rechten auch von einer ganz anderen Seite drohen: Ihr Haupt-Plakatmotiv, das sie, mit leichten Veränderungen, von der rassistischen Schweizer Anti-Minarett-Bewegung abgekupfert haben, hatten auch die französischen Faschisten vom Front National benutzt. Einziger Unterschied: In der Schweiz bildete die Schweizer Flagge den Grund, aus dem Minarette wachsen, bei „pro NRW“ sind es die deutschen Farben und bei der Le-Pen-Truppe war es der Umriss Frankreichs in den Nationalfarben Algeriens. In Frankreich wurde der Front National allerdings von einem Marseiller Gericht dazu verurteilt, die Plakate, die „eine eindeutige unerlaubte Störung“ darstellten und geeignet sind, „ein Gefühl der Ablehnung und der Feindschaft gegenüber einer Personengruppe, deren religiöse Gruppe, Frauen und Nationalität“ hervorzurufen, umgehend zu entfernen. Für jeden Tag der Verzögerung, werden 500 Euro fällig. Man darf gespannt sein, ob ein deutsches Gericht ähnlich urteilen wird. Bis ein solches Urteil aber fällt, wird es darauf ankommen, an jedem einzelnen Tag pro NRW in Wort und Tat entgegen zu treten. *tri* ■

Hintergrundinformationen über „pro NRW“

Mit rechtspopulistischen Kampagnen gegen Muslime versucht „Pro NRW“ in der heißen Wahlkampfzeit Stimmung zu machen. Mit solchen Inszenierungen wie in Duisburg am vergangenen Wochenende wird an einer Eskalationsschraube mit dem Ziel gedreht, daraus politisch Kapital zu schlagen. In der kommunalen politischen Debatte herrscht oftmals Unklarheit über die genaueren Hintergründe und Propagandamethoden dieser Rechtsaußengruppierung vor. Daher nahm sich die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen in NRW (LAGA NRW) des Themas an und bat die Arbeitsstelle Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf um eine Expertise über die PRO-Bewegung in Form einer Broschüre. Die Broschüre fand weite Verbreitung in den Kommunen. Der Arbeitskreis Ruhr gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen (AK Ruhr), dem weit über 50 kommunale Jugendämter, öffentliche Einrichtungen, Organisationen und Vereine angehören, nahm sich deshalb im Vorfeld der Landtagswahlen in NRW erneut des Themas an und bat die Arbeitsstelle Neonazismus um eine aktualisierte Neufassung der Expertise, die hiermit vorgestellt wird. Der Rechtsextremismusforscher Alexander Häusler, Autor der Studie: „Hiermit möchten wir in komprimierter und leicht verständlicher Form eine aktuelle Hilfestellung für die konkrete Aufklärung über rechtspopulistische und kulturrassistische Kampagnen von Rechtsaußen in den Kommunen bieten.“ Die Studie ist online als pdf verfügbar auf den Onlineportalen der Arbeitsstelle Neonazismus, dem AK Ruhr und der LAGA NRW.

hwww.arbeitsstelle-neonazismus.de/
http://sites.google.com/site/akruhr/
www.laga-nrw.de ■

Der Zug fährt weiter

Nach dem Ende der Winterpause setzt der „Zug der Erinnerung“ seine Fahrt fort. Neue Stationen sind mehrere Bahnhöfe in den Bundesländern Brandenburg und Berlin. In die Bundeshauptstadt wird die mobile Gedenkstätte am 8. Mai einlaufen, dem 65. Jahrestag der Befreiung. Zuvor steht die fahrende Ausstellung über die NS-Deportationen mit der „Reichsbahn“ in der deutsch-polnischen Grenzregion (Cybinka, 3. und 4. Mai). Am 5. Mai erwartet Frankfurt/Oder die mobile Gedenkstätte. Der Fahrplan mit lokalen Flyern und Kontaktadressen wird fortlaufend aktualisiert. *www.zug-der-erinnerung.eu* ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Wem droht die „Islamisierung" Europas?

Junge Freiheit Nr. 12/2010 vom 19.3.10

Das Blatt beteiligt sich auf seine Weise an der sogenannten Antiislamisierungskampagne von pro Köln/pro NRW. In mehreren Aufsätzen behauptet das Blatt, die Islamisierung Europas stehe kurz bevor. Klaus Hornung erklärt: „Ein wesentliches europäisches ‚Elitenprojekt', das den Verlust on Akzeptanz der Europäischen Union bei den Völkern zur Folge hat, ist die anhaltende Einwanderung aus Asien und Afrika, insbesondere aus der islamischen Weltregion, nach Europa, die den Charakter einer Landnahme angenommen hat. Um so erstaunlicher ist es, dass die EU sich bis heute nicht zu wirksamen gemeinschaftlichen Regelungen auf diesem Gebiet zusammengefunden hat. Die Zuwanderung von Gastarbeitern in die industriellen Zentren Mitteleuropas infolge eines wachsenden Arbeitskräftemangels hat sich seit dem ökonomischen Boom in Europa in den siebziger Jahren zu einer Dauer-Zuwanderung aus Asien und Afrika gesteigert; aus der Türkei nach Deutschland, aus Nordafrika nach Frankreich, nach Großbritannien und den Niederlanden aus deren ehemaligen asiatischen Kolonien." Nach der längst bestehenden einheitlichen Abschaffung des Asylrechts fordert das Blatt damit ein einheitliches Antimigrationsgesetz – ein Projekt mit aktuell wenig Aussicht auf Erfolg, für die hier lebenden Migranten jedoch unerträglich.

„Haltet den Dieb!" rufen die Täter

Junge Freiheit Nr. 13/2010 vom 26. 3.10

Die körperlichen und sexuellen Misshandlungen in verschiedenen Heimen und Internaten, die zur Zeit öffentlich werden, nimmt das Blatt zum Anlass, den 68ern die Verantwortung dafür in die Schuhe zu schieben. Ungeachtet der Tatsache, dass die Missbrauchsfälle zum Teil in den fünfziger Jahren geschehen sind und dass katholische, evangelische, aber auch nichtreligiöse Einrichtungen die Orte der Misshandlungen waren, schlussfolgert das Blatt: „Macht, und besonders die Macht des Pädagogen über die ihm Anvertrauten, braucht die Rückbindung an Disziplin und Verantwortung, wenn sie nicht in Willkür und Missbrauch ausarten soll. Die Ideologen und Mitläufer der ‚sexuellen Revolution' sollten sich Gedanken machen, wie die Dämme der Zivilisation gegen Willkür und Hemmungslosigkeit wiederherzustellen wären, die sie mutwillig eingerissen haben." Viel wahrscheinlicher ist ja, dass über Missbrauch erst offen gesprochen wird, seit die „sexuelle Revolution" die Heimlichtuerei und Heuchelei der christlichen Moral überwunden hat – und dass Kindesmissbrauch und Kindesmisshandlung seit Jahrhunderten zum christlichen Abendland gehören.

Altbundeskanzler Kohl – zu europäisch

Junge Freiheit Nr. 14/2010 vom 2.4.10

Den 80. Geburtstag des ehemaligen Bundeskanzlers und CDU-Vorsitzenden Kohl nimmt das Blatt zum Anlass, noch einmal über die Einführung des Euro und die Einbindung der Bundesrepublik in Europa zu schimpfen: „Sein unbedingtes Festhalten an der ‚irreversiblen' Westbindung, das ihn die Konfrontation mit den Westmächten um die volle Souveränität und Selbstbestimmung der Deutschen scheuen ließ, entsprach der inneren Überzeugung des trotz der ‚Gnade der späten Geburt' vom Kriegserlebnis entscheidend geprägten bekennenden Frankophilen … Den wiedergewonnenen Nationalstaat der Deutschen hat sein Glaube, Deutschland müsse um den Friedens willen in ‚Europa' aufgehen, mit schweren Hypotheken belastet. Helmut Kohl formulierte noch in den Achtzigern als sein politisches Vermächtnis, das Einschmelzen der Bundesrepublik in einem europäischen Bundesstaat solle auch nach seinem Abgang unumkehrbar sein. Die Logik der Geschichte stellt seinen Nachfolgern einen anderen Auftrag: diesen Sonderweg zu überwinden, damit Deutschland ein souveräner Nationalstaat in Europa mit eigenen Interessen und eigenem Selbstbewusstsein werden kann." An anderer Stelle spekuliert das Blatt angesichts der griechischen Schulden über den möglichen Zerfall der EU und die Rücknahme des Euro. Diese Hoffnung wird nicht aufgehen. Die Bundesrepublik muss in einen europäischen Staatenverbund eingebunden sein – an Selbstbewusstsein mangelt es nicht. *uld* ■

NPD-Wahlkampf in NRW

Wie Pro NRW bezeichnet auch die NPD ihren Wahlkampfauftakt in NRW als „erfolgreich". Nach Eigenangaben nahmen am Samstag, 27.3. 70 Anhänger an der Kundgebung vor dem Duisburger Hauptbahnhof teil, am Sonntag dann ca. 200 an der kurzen Demonstration Richtung Merkez-Moschee. Als Redner traten an diesem Tag Claus Cremer, Spitzenkandidat für NRW auf und „der freie Aktivist", wie es im NPD-Jargon heißt, Axel Reitz. In einer angeblichen Auflage von 1 Million Exemplaren wird in NRW jetzt eine Wahlkampfzeitung verbreitet. Schwerpunkt ist die angebliche Islamisierung des Landes: „Moscheeirrsinn stoppen", „Verdrängt uns der Islam? – Minarettverbot auch hier" wird gefordert und „ethnisch getrennte Schulklassen". Daneben werden die Abschaffung von Hartz IV, die Gesundheitsreform sowie der Sozialkahlschlag bei Opel thematisiert. Rassistische Hetze und soziale Demagogie – mit dieser Kombination geht die NPD auf Stimmenfang. Ein Einzug ins Landesparlament ist zwar nicht zu befürchten, aber auch die 1 %, die zu Wahlkampfkostenerstattung führen, müssen verhindert werden. *u.b.* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

Erhöhung des Abo-Preises

Liebe Abonnentinnen und Abonnenten der Antifaschistischen Nachrichten,

seit Umstellung auf den Euro im Jahr 2002 kostet das Jahresbo der AN 44,- Euro. Wir haben auf der letzten Tagung des Herausgabekreises finanziell Bilanz gezogen und müssen den Abo-Preis leider ab sofort auf 48,- Euro im Jahr erhöhen, das Schülerabo auf 30,- Euro. Sinkende Zuschüsse durch den Förderkreis und ein Rückgang bei den Abozahlen sind die eine Ursache, aber auch steigende Kosten insgesamt in den letzten Jahren. Wir hoffen, dass diese Preiserhöhung, die für viele ja erst Anfang nächsten Jahres zum Tragen kommt, zu verkraften ist.

Herausgabekreis & GNN-Verlag Köln